

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

und

Einzelplan 05 - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

- 2. Lesung -

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel (AfD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Entwurf des Einzelplanes 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur 2. Lesung annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Landtag hatte den Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) - (Drucksache 7/4212) in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung des Fachausschusses

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport befasste sich in seiner 22. Sitzung am 1. Oktober 2021 und abschließend in seiner 23. Sitzung am 4. November 2021 mit dem Entwurf des Einzelplanes 05 und empfahl dessen Annahme in der Fassung seiner Beschlüsse.

C. Abschließende Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen behandelte den Entwurf des Einzelplanes 05 in seiner 39. Sitzung am 22. November 2021 und abschließend in seiner 40. Sitzung am 24. November 2021. An der Beratung nahmen die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, die Ministerin der Finanzen und für Europa sowie der Präsident des Landesrechnungshofes teil.

Zur Beratung bzw. Entscheidung lagen dem Ausschuss folgende Unterlagen vor:

- die Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,
- 4 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (die im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport nicht behandelt worden sind),
- 21 Änderungsanträge der Ausschussmitglieder aus der AfD-Fraktion,
- 8 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der Fraktion DIE LINKE,
- 5 Änderungsanträge des Ausschussmitglieds der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion.

Die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport führte zu den Eckpunkten des Einzelplanes 05 aus. Sie hob den durch die gestiegenen Schülerzahlen zusätzlichen Bedarf an Lehrkräften und Maßnahmen zu Gewinnung von Lehrkräften hervor. Hinsichtlich der Erfüllung der Konsolidierungsmaßnahmen verwies sie unter anderem auf die ausgebrachte Globale Minder Ausgabe i. H. v. rund 11 Millionen Euro und eine einmalige Kürzung im Personalbudget i. H. v. rund 15 Millionen Euro.

Die Ausschussmitglieder hatten Gelegenheit für Rückfragen. Anschließend stellten die Vertreter der Fraktionen deren Änderungsanträge im Allgemeinen vor, mit Verweis auf die ausführliche inhaltliche Beratung im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und die vorliegenden Antragsbegründungen.

Die von den Ausschussmitgliedern der AfD-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge sahen Kürzungen unter anderem durch die geforderte Streichung der Mittel der Kinder- und Jugendbeauftragten des Landes und beim „Refugee Teachers Program“ vor. Mittelaufwüchse wurden vor allem für ein beitragsfreies vorletztes Kitajahr sowie für Maßnahmen für den Abbau von Lernrückständen bei Schülern beantragt.

Die erforderlichen Mittel für die Beitragsfreiheit für das vorletzte Kitajahr wurden, neben weiteren Mittelaufwüchsen, ebenfalls von dem Ausschussmitglied der Fraktion die LINKE beantragt. Außerdem wurde beantragt, die für die Fortsetzung des Projekts der Schulgesundheitsfachkräfte notwendigen Mittel im Einzelplan 05 auszuweisen (im Entwurf des Einzelplanes 07 sind keine Mittel mehr vorgesehen).

Auch das Ausschussmitglied der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion beantragte die Beitragsfreiheit für das vorletzte Kitajahr. Mit Blick auf weitere Änderungsanträge für zusätzliche Mittel wurde der beantragte Aufwuchs für die Zuschüsse zur Schulsozialarbeit hervorgehoben.

Die Änderungsanträge von Ausschussmitgliedern aus den Oppositionsfraktionen fanden keine Mehrheit.

Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktion, die lediglich auf Änderungen im Vorwort und auf eine Erläuterung abzielten, wurden angenommen, davon drei einstimmig.

Mit seinen Voten zu den einzelnen Änderungsanträgen bestätigte der Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Abstimmungen des mitberatenden Ausschusses, ergänzt um die Annahme der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, die dem mitberatenden Ausschuss noch nicht vorgelegen hatten.

In der Schlussabstimmung beschloss der Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit sechs Ja-Stimmen und fünf Gegenstimmen, dem Landtag den Entwurf des Einzelplanes 05 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zur Annahme in 2. Lesung zu empfehlen.

Die Einzelheiten des Beratungsergebnisses (Veränderungsnachweis) sind aus der beige-fügten Anlage 1 zu ersehen. Eine Übersicht aller vorliegenden Änderungsanträge, einschließlich der einzelnen Abstimmungsergebnisse, kann Anlage 2 entnommen werden.

Anlagen

- Anlage 1: Gesamtübersicht
- Anlage 2: Übersicht Änderungsanträge
- Anlage 3: Angenommene Änderungsanträge
- Anlage 4: Abgelehnte Änderungsanträge
- Anlage 5: Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ohne Anlagen)

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes
des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022
(Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022),
Drucksache 7/4212**

Gesamtübersicht

Einzelplan 05

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Beträge in Euro			
	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
Gesamteinnahmen	102.350.200	--	102.350.200
Gesamtausgaben	2.577.131.400	--	2.577.131.400
Verpflichtungs- ermächtigungen	106.907.500	--	106.907.500
Stellen	20.457	--	20.457

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

(S. 4) **Vorwort (Änderung)**

...

(S. 7) **9. Schule - Kapitel 05 300 bis Kapitel 05 332**

...

(S. 9) *[Zahlen zu HH-Plan 2020/Schuljahr 2020/2021 und HH-Plan 2021/Schuljahr 2021/2022 unverändert]*

Kapitel	Ist lt. Statistik ²⁾ Schuljahr 2019/2020	HH-Plan 2022 Schuljahr 2022/2023
<hr/>		
2.		
<i>Planstellen und Stellen für Lehrkräfte</i>		
05 300 Vermeidung Unterrichtsausfall (422 12)		102
05 321 Grundschulen	<u>7.213</u>	<u>7.109</u>
05 324 Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe	<u>1.573</u>	<u>1.619</u>
05 326 Oberschulen	<u>3.586</u>	<u>3.640</u>
05 327 Gymnasien	<u>3.262</u>	<u>3.262</u>
05 329 Zweiter Bildungsweg	68	<u>99</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	05 330 Förderschulen	<u>1.637</u>	<u>1.436</u>	
	05 332 Oberstufenzentren/Berufliche Schulen ¹⁾	<u>1.844</u>	<u>1.735</u>	
	Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte: gem. SLR 14,4 : 1		18.622	
	„Gemeinsames Lernen“ (ohne 05 300/428 10)		380	
	...			
	3. Planstellen und Stellen für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal außerhalb der Schüler-Lehrer-Relation (05 300) [unverändert]			
	Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal (2. und 3.)	<u>19.183</u>	<u>19.728</u>	
	1) einschl. berufliche Gymnasien an Oberstufenzentren			
	2) Das Ist berücksichtigt auch genutzte Beschäftigungspositionen			

(S. 10)

In der nachstehenden Übersicht wird für alle Schulkapitel (05 300 bis 05 332) der VZE-Verbrauch für Abminderungstatbestände im Schuljahr 2020/2021 dargestellt:		
		VZE
1.	Altersgründe	<u>202</u>
2.	Schwerbehinderung	<u>85</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	3. Mitarbeit in Beschäftigtenvertretungen		<u>77</u>	
	4. Schulleitungsaufgaben (inkl. Stufenkoordination)		<u>682</u>	
	5. Wahrnehmung besonderer Aufgaben an der Schule und zum Ausgleich besonderer unterrichtlicher Belastungen		<u>539</u>	
	6. Mitarbeit in Unterstützungs- und Beratungssystemen (Beratungs- und Unterstützungssystem BUSS, Sonderpädagogische Förder- und Beratungsstellen, Tätigkeit in der Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern)		<u>180</u>	
	7. Hinzuziehungen gemäß § 132 Abs. 3 BbgSchulG zum MBS, dem LISUM (inkl. Schulvisitation) und den staatlichen Schulämtern, Wettbewerbe		<u>93</u>	
	8. Mitwirkung in der 2. Phase der Lehrerbildung und im berufs begleitenden Vorbereitungsdienst		<u>150</u>	
	9. Unterstützung bildungspolitischer Projekte i.d.R. bei Organisationen außerhalb der Landesverwaltung (u.a. Gedenkstättenpädagogik, Umweltbildung, Gesundheitsförderung, RAA, Kooperation Schule - Jugendhilfe, Netzwerk Schule - Wirtschaft)		31	
	10. Wahrnehmung sonstiger besonderer Aufgaben an einzelnen Schulen, Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen		<u>259</u>	
	Summe		<u>2.298</u>	

(S. 11) **Ausgaben - Schwerpunkte**

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung
<i>[bis 05 300/632 10 unverändert]</i>	
...	
<u>05 300/632 59</u>	<u>Erprobungsbetrieb und Weiterentwicklung Schulcloud im Länderverbund</u>

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
	05 300/633 50 Zuweisungen an die Schulträger für einen Schulsozialfonds 05 300/685 10 Zuschüsse für die Durchführung des evangelischen Religionsunterrichts 05 300/685 20 Zuschüsse für die Durchführung des katholischen Religionsunterrichts 05 300/TGr 61 Personalgewinnung und -entwicklung Lehrkräfte 05 300/TGr 80 <u>Bildungsplanung/-forschung</u> 05 300/TGr 85 Durchführung des Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetzes (BbgAföG) 05 300/TGr 88 <u>DigitalPakt Schule 2019 - 2024</u> <i>[05 300 bis 05 810 unverändert]</i>			
	Im Gesamtbetrag der Ausgaben des Einzelplan 05 sind Ausgaben enthalten für <ul style="list-style-type: none"> - Investitionszuschüsse im Rahmen der Sanierung von Sportstätten, - Investitionszuschüsse an öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe. 			

05 010 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

(S. 16)

(S. 17) TGr. 60 Zentrale Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg
(ZABB)

Kapitel/ Titel/ (Seite)	Zweckbestimmung	Ansatz HG-E 2022	Beschlüsse des Ausschusses für Haushalt und Finanzen +/-	Neuer Ansatz HG-E 2022
-------------------------------	-----------------	---------------------	---	---------------------------

232 60 (S. 17)	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Berlin	175.000	--	175.000
-------------------	---	---------	----	---------

Erläuterungen (Änderung):

Gemäß Artikel 5 Abs. 2 des Staatsvertrages über die Errichtung der Zentralen Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg (ZABB) tragen die beiden Länder die durch die Errichtung, Unterhaltung und Tätigkeit der ZABB entstehenden Kosten gemeinsam nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahlen. Auf Basis der aktuellen Einwohnerzahlen der Statistischen Landesämter (Stand Dezember 2020 = 59 v.H. Berlin: 41 v.H. Brandenburg) werden die Kosten vom Land Berlin erstattet.

Für die Berechnung der Gesamtkosten der Adoptionsstelle Berlin-Brandenburg werden neben den in der Titelgruppe veranschlagten Ausgaben anteilig auch zentral veranschlagte Ausgaben für Miete und Mietnebenkosten für Gebäude und IT-Dienstleistungen sowie Personalnebenkosten berücksichtigt.

Etwaige Guthaben aus der Vorjahresabrechnung werden verrechnet.

**Darstellung der im Ausschuss für Haushalt
und Finanzen behandelten
Änderungsanträge**

zum

Einzelplan 05

in Vorbereitung der 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg
für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 – HG 2022) – Drucksache 7/4212**

Darstellung Änderungsanträge

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
1	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	Vorwort		9	2. Planstellen und Stellen für Lehrkräfte	Anpassung VZE-Zahl / Beschäftigtenzahl	--	--	8/0/3
2	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	Vorwort		10	VZE-Verbrauch für Abminderungstatbestände im Schuljahr 2020/2021	Aktualisierung VZE-Zahl	--	--	7/0/4
3	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	Vorwort		11	Ausgaben – Schwerpunkte	Anpassung der Schwerpunktliste	--	--	6/0/5
4	SPD, CDU, GRÜNE/ B90	05 010	232 60	17	Erstattung von Verwaltungsaufgaben durch das Land Berlin	Änderung Erläuterung	--	--	7/3/1
5	AfD	05 010	422 10	18	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	-159.900 Änderung Erläuterungen	--	3/8/0	3/8/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
6	AfD	05 010	526 10	22	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	-150.600	--	3/8/0	3/8/0
7	AfD	05 010	531 10	23	Veröffentlichungen und Dokumentationen	-92.500	--	3/8/0	3/7/1
8	AfD	05 010	531 20	23	Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport	-234.000	--	3/8/0	3/7/1
9	AfD	05 010	547 20	25	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Beziehungen	-36.800	--	3/8/0	3/8/0
10	DIE LINKE	05 020	812 10	36	Erwerb von mobilen Luftreinigern und Belüftungsgeräten	+10.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 971 10 Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen (-10.000.000)	2/9/0	2/9/0
11	DIE LINKE	05 020	685 65 neu	40	Zuschüsse für Schulgesundheitsfachkräfte	+702.000	EP 05 05 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-702.000)	2/9/0	2/9/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
12	AfD	05 020	neu		Schulische Förderprogramme während der Oster-, Sommer- und Herbstferien 2022	+4.068.500 Erläuterungen	EP 05 05 010, 526 10 (-150.600) 05 010, 531 10 (-92.500) 05 010, 531 20 (-234.000) 05 010, 547 20 (-36.800) 05 020, 525 90 (-1.000.000) 05 050, 684 60 (-2.000.000) 05 070, 533 61 (-54.600) 05 070, 684 61 (-500.000)	3/7/1	3/7/1
13	DIE LINKE	05 050	684 60	57 ff.	Landesjugendplan	+90.000 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020 359 11 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-90.000)	1/6/4	1/6/4
14	DIE LINKE	05 050	633 60	58	Zuweisungen an öffentliche Träger	+8.000.000 VE+16.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 971 10 Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der	2/6/3	2/6/3

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
							CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen (-8.000.000)		
15	DIE LINKE	05 050	684 60	58	Landesjugendplan	+1.450.000 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-1.450.000)	1/9/1	1/9/1
16	AfD	05 050	TGr. 61	60f.	Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte/Landes-Kinder- und Jugendbeauftragter	-108.500	--	3/8/0	3/8/0
17	DIE LINKE	05 050	633 65	62	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	+5.352.800 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 971 10 Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen (-5.352.800)	2/6/3	2/6/3
18	BVB/FW	05 050	633 65	62 (S.63 Angabe im Antrag)	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Schulsozialarbeit)	+4.036.500 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-2.018.300) 05 020 359 11	2/6/3	2/6/3

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
							Entnahme aus der Rücklage Personalbudget (-2.018.200)		
19	AfD	05 050	526 66	63	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	-100.000	--	3/8/0	3/8/0
20	DIE LINKE	05 060	633 10	72-73	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Kindertagesbetreuung	+14.800.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 359 15 Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (-14.800.000)	5/6/0	5/6/0
21	AfD	05 060	633 10	72f.	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Förderung von Kindertagesbetreuung	+35.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 972 10 Globale Minderausgaben (-35.000.000)	3/7/1	3/7/1
22	BVB/FW	05 060	633 10	72	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kindertagesbetreuung	+42.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen (-42.000.000)	4/6/1	4/6/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
23	BVB/FW	05 060	633 10	72	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kindertagesbetreuung	+1.073.600 Änderung Erläuterungen	EP 20 20 020, 461 20 Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen (-1.073.600)	1/9/1	1/9/1
24	BVB/FW	05 060	547 61	74	Sächliche Verwaltungsaufgaben (Aus- und Fortbildung Kita-Personal)	+1.120.000	EP 05 05 020, 359 11 Entnahme aus der Rücklage Personalbudget (-1.120.000)	1/9/1	1/9/1
25	AfD	05 070	685 60	86	Zuschüsse für die sprachliche und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen durch Weiterbildung	-150.000	--	3/8/0	3/8/0
26	BVB/FW	05 070	685 60	86	Zuschüsse für die sprachliche und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen durch Weiterbildung	+150.000 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-150.000)	2/9/0	2/9/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
27	AfD	05 070	684 61	89	Zuschüsse für laufende Zwecke an Träger für politische Bildungsarbeit und den Ring für politische Jugend	-500.000	--	3/8/0	3/8/0
28	AfD	05 200	422 10	108	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+1.700.000 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020, TGr. 75 Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ (-1.700.000)	3/7/1	3/7/1
29	AfD	05 200	526 10	111	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	-80.300	--	3/8/0	3/8/0
30	AfD	05 300	429 61	134	Personalausgaben für das „Refugee Teachers Program“	-787.500	--	3/8/0	3/8/0
31	AfD	05 300	684 65	137	Zuschüsse an freie Träger	-707.000 Änderung Erläuterungen	--	3/8/0	3/8/0

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
32	DIE LINKE	05 300	684 65	137	Zuschüsse an freie Träger	+67.500 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020, 359 10 Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget (-67.500)	2/9/0	2/9/0
33	AfD	05 300	neu		Erhebung der Arbeitszeitbelastung für Lehrer im Land Brandenburg	Ansatz: 200.000 Erläuterungen	EP 05 05 020, TGr. 75 Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ (-200.000)	3/7/1	3/7/1
34	AfD	05 300	neu		Entgelte für Schulverwaltungsfachkräfte	Ansatz: 10.000.000 Erläuterungen	EP 05 05 020, TGr. 75 Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ (-10.000.000)	3/7/1	3/7/1
35	AfD	05 321	422 10	150	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+7.000.000 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020, TGr. 75 Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ (-7.000.000)	3/7/1	3/7/1

Lfd. Nr.	Einbringer	Kapitel	Titel	Seite	Zweckbestimmung (oder Stichwort)	2022 +/- Sonstiges	Deckung aus +/-	Abstimmung ABJS	Abstimmung AHF
36	AfD	05 321	422 10	150	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+1.699.700 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 010, 422 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter (-159.900) 05 050, TGr. 61 Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte/ Landes-Kinder- und Jugendbeauftragter (-108.500) 05 300, 429 61 Personalausgaben für das „Refugee Teachers Program“ (-787.500) 05 300, 684 65 Zuschüsse an freie Träger (-643.800)	3/7/1	3/7/1
37	AfD	05 330	422 10	170	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	+1.100.000 Änderung Erläuterungen	EP 05 05 020, TGr. 75 Umsetzung des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ (-1.100.000)	3/7/1	3/7/1

[illegible]

Angenommene Änderungsanträge

zum

Einzelplan 05

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite:	siehe Anlage	Kapitel:		Titel:	
Zweckbestimmung:	Zweckbestimmung				

Stichwort: Ermächtigung der Landtagsverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem MdFE Korrekturen entsprechend der beiliegenden Übersicht durchzuführen.

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die Landtagsverwaltung wird ermächtigt, in Zusammenarbeit mit dem MdFE die sich aus den Beschlüssen des Ausschusses ergebenden inhaltlichen und zahlenmäßigen Änderungen zu erfassen und in die Beschlussempfehlungen zum Text des Haushaltsgesetzentwurfes 2022 und zu den Einzelplänen einzuarbeiten sowie offensichtliche Unrichtigkeiten zu beseitigen.

Darüber hinaus wird die Landtagsverwaltung in Zusammenarbeit mit dem MdFE ermächtigt, die in der Anlage enthaltenen Unrichtigkeiten zu korrigieren.

Epl	Kapitel & Titel / Vorwort / Anlagen	Seite	Zweckbestimmung	Stichwort	bisherige Formulierung		Formulierung neu		Begründung
05	Vorwort	9	2. Planstellen und Stellen Lehrkräfte	Anpassung der VZE Zahlen Ist lt. Statistik Schuljahr 2019/2020	05 300 Vermeidung Unterrichtsausfall (422 12) 05 321 Grundschulen 05 324 Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe 05 326 Oberschulen 05 327 Gymnasien 05 329 Zweiter Bildungsweg 05 330 Förderschulen 05 332 Oberstufenzentren/Berufliche Schulen Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte: gem. SLR 14,4 : 1 „Gemeinsames Lernen“ (ohne 05 300/428 10) ... Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal (2. und 3.)	Ist lt. Statistik Schuljahr 2019/2020 7.849 1.679 3.789 3.500 68 1.741 1.941 20.567	05 300 Vermeidung Unterrichtsausfall (422 12) 05 321 Grundschulen 05 324 Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe 05 326 Oberschulen 05 327 Gymnasien 05 329 Zweiter Bildungsweg 05 330 Förderschulen 05 332 Oberstufenzentren/Berufliche Schulen Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte: gem. SLR 14,4 : 1 „Gemeinsames Lernen“ (ohne 05 300/428 10) ... Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal (2. und 3.)	Ist lt. Statistik Schuljahr 2019/2020 7.213 1.573 3.586 3.262 68 1.637 1.844 19.183	Ist lt. Statistik bildet in der Übersicht die Zahl der Beschäftigten aber nicht die VZE- Zahl ab und war dadurch überzeichnet
				Übersicht zu Planstellen und Stellen für Lehrkräfte in VZE (2.)	05 300 Vermeidung Unterrichtsausfall (422 12) 05 321 Grundschulen 05 324 Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe 05 326 Oberschulen 05 327 Gymnasien 05 329 Zweiter Bildungsweg 05 330 Förderschulen 05 332 Oberstufenzentren/Berufliche Schulen Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte: gem. SLR 14,4 : 1 „Gemeinsames Lernen“ (ohne 05 300/428 10) ... Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal (2. und 3.)	HH-Plan 2022 Schuljahr 2022/2023 102 7.078 1.632 3.648 3.259 97 1.453 1.733 18.622 380 19.728	05 300 Vermeidung Unterrichtsausfall (422 12) 05 321 Grundschulen 05 324 Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe 05 326 Oberschulen 05 327 Gymnasien 05 329 Zweiter Bildungsweg 05 330 Förderschulen 05 332 Oberstufenzentren/Berufliche Schulen Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte: gem. SLR 14,4 : 1 „Gemeinsames Lernen“ (ohne 05 300/428 10) ... Summe Planstellen/Stellen für Lehrkräfte und sonstiges pädagogisches Personal (2. und 3.)	HH-Plan 2022 Schuljahr 2022/2023 102 7.109 1.619 3.640 3.262 99 1.436 1.735 18.622 380 19.728	VZE HH-Plan 2022 bildet in der Übersicht nicht die VZE-Zahl ab, die in den einzelnen Schulkapiteln im Stellenplan abgebildet sind

05	Vorwort	10	VZE-Verbrauch für Abminderungstatbestände im Schuljahr 2020/2021	Aktualisierung VZE-Zahlen	1. Altersgründe 2. Schwerbehinderung 3. Mitarbeit in Beschäftigtenvertretungen 4. Schulleitungsaufgaben (inkl. Stufenkoordination) 5. Wahrnehmung besonderer Aufgaben an der Schule und zum Ausgleich besonderer unterrichtlicher Belastung 6. Mitarbeit in Unterstützungs- und Beratungssystemen (Beratungs- und Unterstützungssystem BUSS, Sonderpädagogische Förder- und Beratungsstellen, Tätigkeit in der Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern) 7. Hinzuziehungen gemäß § 132 Abs. 3 BbgSchulG zum MBJS, dem LISUM (inkl. Schulvisitation) und den staatlichen Schulleitern, Wettbewerbe 8. Mitwirkung in der 2. Phase der Lehrerbildung und im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst 9. Unterstützung bildungspolitischer Projekte i.d.R. bei Organisationen außerhalb der Landesverwaltung (u.a. Gedenkstättenpädagogik, Umweltbildung, Gesundheitsförderung, RAA, Kooperation Schule - Jugendhilfe, Netzwerk Schule - Wirtschaft) 10. Wahrnehmung sonstiger besonderer Aufgaben an einzelnen Schulen, Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen Summe	VZE 197 83 75 670 531 174 91 147 31 251 2.249	1. Altersgründe 2. Schwerbehinderung 3. Mitarbeit in Beschäftigtenvertretungen 4. Schulleitungsaufgaben (inkl. Stufenkoordination) 5. Wahrnehmung besonderer Aufgaben an der Schule und zum Ausgleich besonderer unterrichtlicher Belastung 6. Mitarbeit in Unterstützungs- und Beratungssystemen (Beratungs- und Unterstützungssystem BUSS, Sonderpädagogische Förder- und Beratungsstellen, Tätigkeit in der Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern) 7. Hinzuziehungen gemäß § 132 Abs. 3 BbgSchulG zum MBJS, dem LISUM (inkl. Schulvisitation) und den staatlichen Schulleitern, Wettbewerbe 8. Mitwirkung in der 2. Phase der Lehrerbildung und im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst 9. Unterstützung bildungspolitischer Projekte i.d.R. bei Organisationen außerhalb der Landesverwaltung (u.a. Gedenkstättenpädagogik, Umweltbildung, Gesundheitsförderung, RAA, Kooperation Schule - Jugendhilfe, Netzwerk Schule - Wirtschaft) 10. Wahrnehmung sonstiger besonderer Aufgaben an einzelnen Schulen, Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen Summe	VZE 202 85 77 682 539 180 93 150 31 259 2.299	Aktualisierung der VZE-Zahlen
05	Vorwort	11	Ausgaben - Schwerpunkte	Aufnahme eines neuen Schwerpunkts	... 05 300/TrGr. 80 Digitalisierung im Schulbereich / Bildungsplanung/-forschung 05 300/632 59 Erprobungsbetrieb und Weiterentwicklung Schulcloud im Länderverbund 05 300/TrGr. 80 Bildungsplanung/-forschung 05 300/TrGr. 88 Digitalpakt Schule 2019 - 2024 ...	Anpassung der Schwerpunktliste an geänderte Veranschlagung		
05	05 010/232 60	17	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Berlin	Anpassung Erläuterung	...Auf Basis der aktuellen Einwohnerzahlen der Statistischen Landesämter (Stand Dezember 2016 = 59 v.H. Berlin : 41 v.H. Brandenburg) werden die Kosten vom Land Berlin erstattet.	...Auf Basis der aktuellen Einwohnerzahlen der Statistischen Landesämter (Stand Dezember 2020 = 59 v.H. Berlin : 41 v.H. Brandenburg) werden die Kosten vom Land Berlin erstattet.	Abbildung aktueller Basis der Einwohnerzahl der Statistischen Landesämter		

Abgelehnte Änderungsanträge

zum

Einzelplan 05

zur 2. Lesung

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 18	Kapitel: 0 5 0 1 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: LKJB abschaffen, politische Verantwortung übernehmen, Kinder und Familien nachhaltig stärken (I)

Ansatz im Entwurf 2022	8.754.600 €
Änderung (+/-):	-159.900 €
Ansatz neu:	8.594.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen (Änderungen bitte unterstreichen):**2022
EUR**

1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>8.594.700</u>
2.	Aufwandsentschädigung	0
3.	Sonstige Leistungen	0
Summe		<u>8.594.700</u>

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
Staatssekretärin, Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B5	hD	3,00	4,00
Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	B4	hD	1,00	1,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	B2	hD	16,00	<u>15,00</u>
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	11,00	11,00
Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor bei einer Behörde oder Einrichtung des Landes im Geschäftsbereich des für Schule zuständigen Ministeriums	A16	hD	4,00	4,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	37,00	37,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	26,00	29,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	13,00	14,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	13,00	14,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	47,00	<u>52,00</u>
Regierungsamtsfrau, Regierungsamtsmann	A11	gD	13,00	11,00

Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	5,00	5,00
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	gD	1,00	1,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	A9	mD	4,00	4,00
Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	A8	mD	9,00	9,00
Zusammen:			205,00	<u>209,00</u>

Begründung:

Der Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte soll als bundesweit erste hauptamtliche Stelle ihrer Art als „Sprachrohr“ für die Belange von Kindern und Jugendlichen und als deren Ansprechpartner tätig sein, Synergieeffekte in der Kinder- und Jugendpolitik erzeugen und Kompetenzen bündeln. Gleichzeitig bestehen die vielfältigen Organisationen, Verbände und Ausschüsse, die sich ebenfalls in diesem Aufgabenbereich engagieren – wie die Arbeitsstelle Kinderschutz, der Landesjugendring, der Kinder- und Jugendhilfe-Landesrat, der Landes-Kinder- und Jugendausschuss (LKJA) etc. – weiterhin fort. Da die bisherigen Strukturen unverändert beibehalten werden, besteht für die symbolpolitische Einrichtung des Postens des LKJB mitsamt Personal und Geschäftsstelle keinerlei Anlass.

In diesem Zusammenhang ist auch die Eingruppierung des LKJB in die B2 vollkommen unverhältnismäßig und ist nicht im Sinn einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung.

Darüber hinaus kommt allen im Landtag vertretenen Parteien eine besondere Verantwortung zu, die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen kraftvoll zu vertreten. Dieser Verantwortung sind die Landesregierung und die sie stützenden Koalitionsfraktionen in den vergangenen anderthalb Jahren Corona-Politik zu keinem Zeitpunkt gerecht geworden – im Gegenteil. Statt eine kinder-, jugend-, familien- und bildungsfreundliche Politik sicherzustellen, haben sämtliche Anti-Corona-Maßnahmen, die die Belange von Kindern und Jugendlichen mittelbar bzw. unmittelbar berühren – monatelange KiTa-, Schul- und Sportstättenschließungen, Kontakt- und Betretungsverbote sowie die mangelhafte Umsetzung des digitalgestützten Fernunterrichts – nicht nur zu massiven Lernrückständen geführt, die die Zukunfts- und Bildungschancen eines beträchtlichen Teils der Kinder nachhaltig beschädigt haben; gleichzeitig wurden hierdurch unentschuldbare psychosoziale Schäden angerichtet: Wie zahlreiche regionale und bundesweite Erhebungen gezeigt haben, leidet gut ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen unter depressiven Symptomen, Angst- und Konzentrationsstörungen und/oder deutlichen Defiziten in der Persönlichkeitsentwicklung. Des Weiteren hat die Schul- und Bildungsqualität schwer gelitten. All dies sind direkte Folgen einer Politik, die kinder-, familien- und bildungsfeindlich war und in der Geschichte des Landes Brandenburg beispiellos ist. Dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen diese verheerende Bilanz zwar wortreich beklagen, ihre eigene Verantwortung aber abstreiten und als vermeintliche Lösung für das selbstverschuldete Versagen

einen Landes-Kinder- und Jugendbeauftragten präsentieren, ist nicht nur unverantwortlich, sondern nachgerade zynisch. Aus diesen Gründen sind sämtliche Ausgaben im Zusammenhang mit dem LKJB zu streichen. Die dabei freiwerdenden Mittel sind stattdessen Projekten zuzuführen, die Familien, Kinder und Jugendliche tatsächlich spürbar stärken.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 22	Kapitel: 0 5 0 1 0	Titel: 5 2 6 1 0
Zweckbestimmung: Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben		

Stichwort: Unnötige Titelaufwüchse vermeiden – Sachverständige und Gerichtskosten auf IST-Stand von 2020 zurückführen (I)

Ansatz im Entwurf 2022	200.000 €
Änderung (+/-):	-150.600 €
Ansatz neu:	49.400 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die teils deutlichen Titelaufwüchse für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben zwischen dem IST-Stand 2020 und dem Ansatz für das Haushaltsjahr 2021 bzw. 2022 stellen keine notwendigen Ausgaben dar und sind daher auf den Stand der IST-Ausgaben von 2020 zurückzuführen. Die hierdurch eingesparten Finanzmittel können stattdessen für die Finanzierung wirklich sinnvoller Projekte herangezogen werden, die den Kindern und Jugendlichen, Erziehern und Lehrern sowie dem Schul- und Bildungssystem insgesamt zugutekommen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 23	Kapitel: 0 5 0 1 0	Titel: 5 3 1 1 0
Zweckbestimmung: Veröffentlichungen und Dokumentationen		

Stichwort: Einsparpotenzial im MBJS nutzen, Bildung stärken (I)**Ansatz im Entwurf 2022**

141.500 €

Änderung (+/-):

-92.500 €

Ansatz neu:

49.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Der Einzelplan 05 enthält zahlreiche Titelansätze im Kapitel 05 010 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, die in der Höhe bzw. in dem Aufwuchs nicht gerechtfertigt sind. Insofern blieb ein beträchtliches Einsparpotenzial ungenutzt, das zur Finanzierung wirklich sinnvoller bildungspolitischer Projekte herangezogen werden kann.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 23	Kapitel: 0 5 0 1 0	Titel: 5 3 1 2 0
Zweckbestimmung: Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport		

Stichwort: Einsparpotenzial im MBSJ nutzen, Bildung stärken (II)

Ansatz im Entwurf 2022	291.000 €
Änderung (+/-):	-234.000 €
Ansatz neu:	57.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
---	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Der Einzelplan 05 enthält zahlreiche Titelanträge im Kapitel 05 010 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, die in der Höhe bzw. in dem Aufwuchs nicht gerechtfertigt sind. Insofern blieb ein beträchtliches Einsparpotenzial ungenutzt, das zur Finanzierung wirklich sinnvoller bildungspolitischer Projekte herangezogen werden kann.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 25	Kapitel: 0 5 0 1 0	Titel: 5 4 7 2 0
Zweckbestimmung: Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Beziehungen		

Stichwort: Einsparpotenzial im MBJS nutzen, Bildung stärken (III)**Ansatz im Entwurf 2022**

55.000 €

Änderung (+/-):

-36.800 €

Ansatz neu:

18.200 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Der Einzelplan 05 enthält zahlreiche Titelansätze im Kapitel 05 010 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, die in der Höhe bzw. in dem Aufwuchs nicht gerechtfertigt sind. Insofern blieb ein beträchtliches Einsparpotenzial ungenutzt, das zur Finanzierung wirklich sinnvoller bildungspolitischer Projekte herangezogen werden kann.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

05 - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 36	Kapitel: 0 5 0 2 0	Titel (neu) 8 1 2 1 0
Zweckbestimmung: Erwerb von mobilen Luftreinigern und Belüftungsgeräten		

Stichwort: Ausstattung der Schulen und Kitas in kommunaler oder anderweitiger Trägerschaft mit Luftreinigern und Belüftungsgeräten

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 10.000.000 €
Ansatz neu:	10.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
28	20 020	971 10	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	10.000.000 €
insgesamt:				10.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Ausgaben für die erforderliche Beschaffung von Luftreinigern und Belüftungsanlagen zur flächendeckenden Ausstattung der Schulen und Kitas sowohl in kommunaler als auch in anderweitiger Trägerschaft zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie.

Begründung:

Neben der von der Bundesregierung seit Oktober 2020 geförderten Um- oder Aufrüstung bestehender zentraler, stationärer Anlagen, gibt es seit dem 14. Juli 2021 das Bundesprogramm zur Förderung von mobilen Luftfilteranlagen für Klassenräume mit eingeschränkten Lüftungsmöglichkeiten und Schüler*innen unter 12 Jahren. Das Land Brandenburg erhält hieraus sechs Millionen EUR. Die Förderung ist ausschließlich für Räume in Grundschulen und Kitas gedacht, in denen die Fenster nur kippbar sind, eingebaute Lüftungskappen nur einen minimalen Querschnitt haben und keine fest eingebaute, raumluftechnische Anlage für Frischluft sorgt. Diese Bundesförderung soll über die Länder den freien und kommunalen Trägern der Einrichtungen zugutekommen. Die Wirkung dieses Programms ist aufgrund der zahlreichen Einschränkungen allerdings begrenzt. Deshalb muss es durch eine Landesförderung für jene Schul- und Kitaräume erweitert werden, die durch die bisherigen Programme nicht berücksichtigt werden können. Hierzu werden 10 Mio. EUR veranschlagt, die den Trägern aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden müssen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan: 05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 40	Kapitel: 0 5 0 2 0	Titel (neu) 6 8 5 6 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Schulgesundheitsfachkräfte		

Stichwort: Schulgesundheitsfachkraft

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 702.000 €
Ansatz neu:	702.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	0 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 1.404.000 €
	2023 bis zu 702.000 €
	2024 bis zu 702.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	1.404.000 €
	2023 bis zu 702.000 €
	2024 bis zu 702.000 €

Deckung bei: Einzelplan 07				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	05 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	702.000 €
insgesamt:				702.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Das Projekt der Schulgesundheitsfachkräfte lag bisher im Zuständigkeitsbereich des MSGIV. Es wurde nicht weitergeführt, obwohl Schulgesundheitsfachkräfte an den Brandenburger Schulen einen wichtigen Beitrag der Gesundheitsvorsorge und medizinischen Versorgung leisten. Sie entlasten Lehrer, Eltern und das Gesundheitssystem, indem sie passgenau vor Ort versorgen und nur in tatsächlichen Notfällen ins Krankenhaus verweisen. Sie fördern die Gesundheitskompetenz der Schülerinnen und Schüler, unterstützen das Lehrerkollegium, verschaffen ein Gefühl von Sicherheit und waren, wo es sie gab, die maßgeblichen Akteure bei der Umsetzung von Hygienestandards während der Corona-Pandemie. Damit haben sie auch ihre Relevanz in multiprofessionellen Schulteams – und damit für das Bildungssystem insgesamt - bewiesen, was durch alle Evaluationsberichte belegt wird. Deshalb ist den Empfehlungen der Evaluationsgutachten zu folgen und das Projekt zu verstetigen. Perspektivisch sollte es weiter ausgebaut werden. Die Förder-summe legt eine Vollzeitfinanzierung von 18 Schulgesundheitsfachkräften zugrunde. Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ stellt großzügig mit unterschiedlichen Meilensteinen Schulen Gelder zur Verfügung. Diese Gelder können genutzt werden, um die Arbeit der Schulgesundheitsfachkräfte finanziell abzusichern.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: neu	Kapitel: 0 5 0 2 0	Titel: n e u
Zweckbestimmung: Schulische Förderprogramme während der Oster-, Sommer- und Herbstferien 2022		

Stichwort: Lernrückstände konsequent kompensieren, Wissens- und Bildungslücken schließen

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+4.068.500 €
Ansatz neu:	4.068.500 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
22	05 010	526 10	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	150.600 €
23	05 010	531 10	Veröffentlichungen und Dokumentation	92.500 €
23	05 010	531 20	Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport	234.000 €
25	05 010	547 20	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Beziehungen	36.800 €
42	05 020	525 90	Aus- und Fortbildung	1.000.000 €
58	05 050	684 60	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	2.000.000 €
89	05 070	533 61	Kosten von Tagungen, Seminaren und Lehrgängen	54.600 €
89	05 070	684 61	Zuschüsse für laufende Zwecke an Träger für politische Bildungsarbeit und den Ring für politische Jugend	500.000 €
insgesamt:				4.068.500 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt für Unterrichts-, unterrichtsergänzendes Material, Schulfahrten, Wandertage und Exkursionen sowie Honorarzahungen für die Umsetzung schulischer Angebote zur Kompensation von Lernrückständen während der Oster- und Sommerferien.

Begründung:

Die im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ im Land Brandenburg aufgesetzten „Ferienprogramme mit Lernangeboten“ waren und sind weder konzeptionell noch inhaltlich geeignet, die infolge der Coronamaßnahmen von Bund und Ländern entstandenen Lernrückstände und Bildungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen zu kompensieren. Freie Träger können zwar einen Beitrag leisten, um beim Erreichen dieses Ziels unterstützend tätig zu sein, die Hauptverantwortung aber muss beim Lehrpersonal der jeweiligen Schulen liegen, das durch fortlaufende Evaluierung und Diagnostizierung den Unterstützungs- und Förderbedarf seiner Schüler am besten kennt.

Den bisherigen Ferienprogrammen mit Lernangeboten fehlt darüber hinaus die inhaltliche Tiefe und curriculare Einbettung: Statt einer erlebnispädagogischen Ausrichtung, bei der eher die Entlastung der Eltern und Betreuungsaspekte im Vordergrund stehen, sollte der Fokus eindeutig auf das rasche und nachhaltige Schließen von Wissens- und Könnenslücken gelegt werden, wenn langfristige Auswirkungen auf die Bildungs- und Erwerbsbiografie vermieden werden sollen. Daher ist dafür Sorge zu tragen, die individuell und in kleinen

Lerngruppen durchzuführenden Maßnahmen streng an die jeweiligen Rahmenlehrpläne auszurichten. Unsere Lehrer werden dafür Sorge tragen, dass dies nicht zulasten der Kreativität und des Abwechslungsreichtums bei der Vermittlung und Aneignung geht. Auch ein projektbezogener und produktorientierter Unterricht steht diesem Ziel nicht im Wege.

Jede Schule (Grundschulen sowie weiterführende allgemeinbildende Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft) hat ein Anrecht auf einen jährlichen Pauschalbetrag i.H.v. 5.000,00 €, die für Unterrichtsmaterialien, Schulfahrten, Wandertage, Exkursionen sowie Honorarzahungen während der Ferienprogramme verwendet werden können. Die Schule soll darüber hinaus grundsätzlich die Möglichkeit haben, die Angebote freier Träger in Anspruch zu nehmen, so es dem Erreichen des übergeordneten Ziels – dem Abbau von Bildungsrückständen – dienlich und förderlich ist.

Die Teilnahme der Schüler soll grundsätzlich kostenlos und freiwillig, allerdings nach erfolgter Anmeldung für den gesamten Zeitraum der Maßnahme verpflichtend sein.

Im Rahmen der Ferienaufholprogramme sollen neben Lernassistenten in Gestalt von Lehramtsstudenten auch Lehramtskandidaten und pensionierte Lehrer zum Einsatz kommen können. Während pensioniertes Lehrpersonal, das sich für eine Tätigkeit im Rahmen der Ferienaufholprogramme bereiterklärt, ein Honorar in angemessener Höhe erhält, sollen sich Lernassistenten und Referendare das zeitliche Engagement auf die Dauer der schulpraktischen Übungen, des Praxissemesters bzw. des Vorbereitungsdienstes anrechnen lassen können.

In weiterer Folge sollten derartige Ferienprogramme – nach entsprechender Evaluation – ein fester Bestandteil des Schuljahres werden, um einerseits jene Schüler mit Unterstützungsbedarf zielgerichtet fördern zu können als auch Angebote für jene bereitzuhalten, die leistungsstark sind.

Statt eines Konjunkturprogramms für freie Träger braucht es jetzt vielmehr ein Konjunkturprogramm für Bildung und insbesondere für die Vermittlung basaler Kulturtechniken, die unverzichtbar sind für den weiteren Bildungserfolg.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022**

Seite: 58	Kapitel: 0 5 0 5 0	Titel: 6 8 4 6 0
Zweckbestimmung Landesjugendplan		

Stichwort: Weiterführung des Projektes überLAGERT beim Landesjugendring

Ansatz im Entwurf 2022	8.339.600 €
Änderung (+/-):	+ 90.000 €
Ansatz neu:	8.429.600 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 05				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	05 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	90.000 €
insgesamt:				90.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Seite 57:

Übersicht über den geplanten Einsatz der Mittel nach Maßnahmebereichen:

**2022
EUR**

(...)

C Wahrnehmung von überregionalen Aufgaben der Jugendhilfe

(...)

Geschäftsstelle Landesjugendring Brandenburg e.V. 648.900

(...)

Summe zu C 5.368.100

(...)

Zusammen 12.329.600

Seite 59:

Übersicht über die Institutionelle Förderung des Landesjugendring Brandenburg e.V.

Ausgaben	Ist 2020 EUR	Soll 2021 EUR	Soll 2022 EUR
(...)			
2 sächliche Verwaltungsausgaben	131.500	138.700	<u>228.700</u>
Zusammen:	560.600	604.100	<u>694.100</u>
(...)			
Mithin Zuwendungsbedarf	515.400	558.900	<u>648.900</u>
Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch	Ist 2020 EUR	Soll 2021 EUR	Soll 2022 EUR
1 Zuwendung des Landes für laufende Zwecke	515.400	558.900	<u>648.900</u>
Zusammen:	515.400	558.900	<u>648.900</u>

Begründung:

Das im Landesjugendring Brandenburg e.V. verankerte Projekt überLAGERt organisiert lokale Jugendgeschichtsarbeit an Orten ehemaliger KZ-Außenlager in Brandenburg. Es handelt sich um eine Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten (insbesondere der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, sowie der Gedenkstätte und dem Museum Sachsenhausen), dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und der Stiftung „Großes Waisenhaus zu Potsdam“. Wie kein weiteres Projekt im Land Brandenburg, bietet es Jugendlichen die Möglichkeit, die Geschichte des Nationalsozialismus lokal zu erforschen. Das Vorhaben ist in besonderer Weise relevant, da mit seiner Hilfe Demokratieerziehung und die Verankerung humanistischer und antifaschistischer Grundwerte unter Jugendlichen gestärkt und in die Fläche getragen wird. Das Projekt wurde bisher vorrangig aus Mitteln der „Aktion Mensch“ finanziert, die im April 2022 auslaufen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 58	Kapitel: 0 5 0 5 0	Titel: 6 3 3 6 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an öffentliche Träger		

Stichwort: TGr. 60 Landesjugendplan: Einführung einer Kinder- und Jugendpauschale

Ansatz im Entwurf 2022	3.450.000 €
Änderung (+/-):	+ 8.000.000 €
Ansatz neu:	11.450.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022**

Ansatz im Entwurf:	3.600.000 €
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	+ 16.000.000 €
	2023 bis zu 8.000.000 €
	2024 bis zu 8.000.000 €
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	19.600.000 €
	2023 bis zu 8.200.000 €
	2024 bis zu 11.400.000 €

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
28	20 020	971 10	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	8.000.000 €
insgesamt:				8.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Seite 57:

Übersicht über den geplanten Einsatz der Mittel nach Maßnahmebereichen:

2022
EUR

(…)

B Förderung des gleichmäßigen Ausbaus der Jugendhilfe

(…)

Kinder- und Jugendpauschale

8.000.000

Summe zu B12.796.500

(…)

Zusammen20.239.600

Seite 58:

Die Personalkostenzuschüsse für sozialpädagogische Fachkräfte (332 Stellen) werden den Jugendämtern des Landes zugewiesen, die diese an freie Träger der Jugendhilfe oder an Gemeinden weiterleiten.

Darüber hinaus unterstützt das Land im Rahmen einer neu einzuführenden Jugendpauschale die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Stabilisierung und dem bedarfsgerechten Ausbau örtlicher Angebote der Jugendhilfe.

Begründung:

438.199¹ Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 27 Jahren leben in Brandenburg. Die Corona-Pandemie hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen und

¹ Zum Stichtag 31.12.2020: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=1&levelid=1633005863658&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&code=12411-0012&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf#abreadcrumb>

den entsprechenden Angeboten. Um diese Auswirkungen aufzufangen ist ein weiterer Ausbau des Angebotes von Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe dringend notwendig.

Durch die Einführung einer Jugendpauschale sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei der Stabilisierung und dem bedarfsgerechten Ausbau örtlicher Angebote der Jugendhilfe unterstützt werden. Das Land fördert so in besonderem Maße die Wahrung der kommunalen Verantwortung für Leistungen der Jugendhilfe. In diesem Zusammenhang sind Verbesserungen im Bereich der örtlichen Jugendhilfeplanung insbesondere in Form von präventiven Angeboten der Jugendhilfe möglich. So können Selbsthilfepotentiale von jungen Menschen und Familien aktiviert werden und die unterschiedlichen Lebenslagen, Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen angemessen berücksichtigt und gefördert werden.

Entsprechen der Evaluierung der Jugendpauschale in Sachsen sind 13,40 EUR pro junger Mensch anzusetzen und an die Kommunen auszureichen. Um eine Benachteiligung der ländlichen Räume sowie insbesondere Landkreise und Kommunen mit negativer demographischer Entwicklung zu vermeiden, sind zusätzliche, ausgleichende Maßnahmen anzuwenden.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 58	Kapitel: 0 5 0 5 0	Titel: 6 8 4 6 0
Zweckbestimmung: Landesjugendplan		

Stichwort: Bildungsreferent:innen des Landesjugendring sowie der Jugendverbände

Ansatz im Entwurf 2022	8.339.600 €
Änderung (+/-):	+1.450.000 €
Ansatz neu:	9.789.600 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 05				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	05 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	1.450.000 €
insgesamt:				1.450.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Seite 57:

Übersicht über den geplanten Einsatz der Mittel nach Maßnahmebereichen:

2022
EUR

(…)

C Wahrnehmung von überregionalen Aufgaben der Jugendhilfe

Jugendverbandsarbeit/Landesjugendring

3.155.000

(…)

Summe zu C

6.728.100

(…)

Zusammen13.689.600**Begründung:**

Die 37 Mitgliedsorganisationen des LJR leisten einen immensen Beitrag zur Demokratiestärkung in Brandenburg. Denn Kinder und Jugendliche, die ihre Rechte kennen, wissen wie sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen und ein solidarisches Miteinander erfahren haben, werden auch zu späteren Zeitpunkten auf dieses Wissen zurückgreifen können. Wesentlicher Bestandteil der Jugendverbandsarbeit ist daher die Bildungsarbeit. Leider haben jedoch noch nicht alle Mitgliedsorganisationen eine:n Jugendbildungsreferent:in mit einer vollen Stelle. Mit den zusätzlichen finanziellen Mitteln soll allen Jugendverbänden diese Möglichkeit zuteilwerden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 60f.	Kapitel: 0 5 0 5 0	Titel: T G r. 6 1
Zweckbestimmung: Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte/Landes-Kinder- und Jugendbeauftragter (LKJB)		

Stichwort: LKJB abschaffen, politische Verantwortung übernehmen, Kinder und Familien nachhaltig stärken (II)

Ansatz im Entwurf 2022	108.500 €
Änderung (+/-):	-108.500 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Der Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte soll als bundesweit erste hauptamtliche Stelle ihrer Art als „Sprachrohr“ für die Belange von Kindern und Jugendlichen und als deren Ansprechpartner tätig sein, Synergieeffekte in der Kinder- und Jugendpolitik erzeugen und Kompetenzen bündeln. Gleichzeitig bestehen die vielfältigen Organisationen, Verbände und Ausschüsse, die sich ebenfalls in diesem Aufgabenbereich engagieren – wie die Arbeitsstelle Kinderschutz, der Landesjugendring, der Kinder- und Jugendhilfe-Landesrat, der Landes-Kinder- und Jugendausschuss (LKJA) etc. – weiterhin fort. Da die bisherigen Strukturen unverändert beibehalten werden, besteht für die symbolpolitische Einrichtung des Postens des LKJB mitsamt Personal und Geschäftsstelle keinerlei Anlass.

In diesem Zusammenhang ist auch die Eingruppierung des LKJB in die B2 vollkommen unverhältnismäßig und ist nicht im Sinn einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung.

Darüber hinaus kommt allen im Landtag vertretenen Parteien eine besondere Verantwortung zu, die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen kraftvoll zu vertreten. Dieser Verantwortung sind die Landesregierung und die sie stützenden Koalitionsfraktionen in den vergangenen anderthalb Jahren Corona-Politik zu keinem Zeitpunkt gerecht geworden – im Gegenteil. Statt eine kinder-, jugend-, familien- und bildungsfreundliche Politik sicherzustellen, haben sämtliche Anticoronamaßnahmen, die die Belange von Kindern und Jugendlichen mittelbar bzw. unmittelbar berühren – monatelange KiTa-, Schul- und Sportstättenschließungen, Kontakt- und Betretungsverbote sowie die mangelhafte Umsetzung des digitalgestützten Fernunterrichts – nicht nur zu massiven Lernrückständen geführt, die die Zukunfts- und Bildungschancen eines beträchtlichen Teils der Kinder nachhaltig beschädigt haben; gleichzeitig wurden hierdurch unentschuldbare psychosoziale Schäden angerichtet: Wie zahlreiche regionale und bundesweite Erhebungen gezeigt haben, leidet gut ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen unter depressiven Symptomen, Angst- und Konzentrationsstörungen und/oder deutlichen Defiziten in der Persönlichkeitsentwicklung. Des Weiteren hat die Schul- und Bildungsqualität schwer gelitten. All dies sind direkte Folgen einer Politik, die kinder-, familien- und bildungsfeindlich war und in der Geschichte des Landes Brandenburg beispiellos ist. Dass die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen diese verheerende Bilanz zwar wortreich beklagen, ihre eigene Verantwortung aber abstreiten und als vermeintliche Lösung für das selbstverschuldete Versagen

einen Landes-Kinder- und Jugendbeauftragten präsentieren, ist nicht nur unverantwortlich, sondern nachgerade zynisch. Aus diesen Gründen sind sämtliche Ausgaben im Zusammenhang mit dem LKJB zu streichen. Die dabei freiwerdenden Mittel sind stattdessen Projekten zuzuführen, die Familien, Kinder und Jugendliche tatsächlich spürbar stärken.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 62	Kapitel: 0 5 0 5 0	Titel: 6 3 3 6 5
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		

Stichwort: Zuschuss für Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter

Ansatz im Entwurf 2021	3.685.500 €
Änderung (+/-):	+ 5.352.800 €
Ansatz neu:	9.038.300 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
--

Verpflichtungsermächtigungen 2021**Ansatz im Entwurf:****Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:****Ansatz neu mit Fälligkeiten:**

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
28	20 020	971 10	Mehrausgaben zur Bekämpfung der Folgen der CORONA-Pandemie in allen Einzelplänen	5.352.800 €
				5.352.800 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind die Personalkostenzuschüsse für die Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterinnen. Um flächendeckend jeder Schule eine Schulsozialarbeiterin/einen Schulsozialarbeiter zur Verfügung stellen zu können, werden die Personalkosten für insgesamt 927 Stellen (853 allgemeinbildende Schulen, 16 Schulen des zweiten Bildungsweges und 58 Berufsschulen) bezuschusst.

Die Mittel für die Personalkostenzuschüsse werden den Jugendämtern des Landes als Festbetrag je Stelle zugewiesen, die diese an freie Träger der Jugendhilfe oder an Gemeinden weiterleiten.

Begründung:

Die Ausstattung aller Schulen des Landes Brandenburg mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern ist eine unabweisbare Forderung, die sich aus den realen Bedarfen an den Schulen ableitet. Bisher ist es im Land Brandenburg gelungen, an fast jeder zweiten Schule Schulsozialarbeit abzusichern. Das reicht jedoch nicht aus. Jedes Kind, jeder Jugendliche, unabhängig von der Schulform, braucht neben den Lehrkräften vertrauensvolle Ansprechpartner/Ansprechpartnerinnen, die kontinuierlich und zuverlässig an der Schule tätig sind.

Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter beraten und unterstützen Kinder und Jugendliche in Krisen, stärken deren Selbstbewusstsein und deren soziale Kompetenzen, wirken unterstützend im Umgang mit Konflikten und fördern die Kinder und Jugendlichen in ihrer individuellen, schulischen bzw. beruflichen Entwicklung. Sie tragen dazu bei Bildungsbenachteiligungen von Schülerinnen und Schülern zu vermeiden bzw. abzubauen. Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind Teil des multiprofessionellen Teams an unseren Schulen. Sie werden schon jetzt, da wo es sie gibt, als Gütesiegel der jeweiligen Schule bewertet und sind ein entscheidendes Argument für Eltern, die betreffende Schule für ihre Kinder nachzufragen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 63	Kapitel: 0 5 0 5 0	Titel: 6 3 3 6 5
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		

Stichwort: Schulsozialarbeit

Ansatz im Entwurf 2022	3.685.500 €
Änderung (+/-):	+ 4.036.500 €
Ansatz neu:	7.722.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	05 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	2.018.300 €
32	05 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	2.018.200 €
insgesamt:				4.036.500 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind die Personalkostenzuschüsse für die Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter. Um an jeder Grund-, Ober- und Gesamtschule sowie an jedem Gymnasium eine Schulsozialarbeiterin/einen Schulsozialarbeiter zur Verfügung stellen zu können, werden die Personalkosten für insgesamt 792 Stellen bezuschusst. Die Mittel für die Personalkostenzuschüsse werden den Jugendämtern des Landes als Festbetrag je Stelle zugewiesen, die diese an freie Träger der Jugendhilfe oder an Gemeinden weiterleiten.

Begründung:

Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind eine wichtige Unterstützung der Lehrkräfte an Schulen und tragen wesentlich zu einem reibungslosen und harmonischen Schulablauf bei. Sie sind wichtige Bezugspersonen für Kinder und Jugendliche bei Mobbing, Streit und Konflikten. Sie können gezielt auf individuelle Probleme von Kindern eingehen und diese aktiv unterstützen.

Es gibt, bedingt durch die Coronapandemie, besonderen Bedarf an Vertrauens- und Kontaktpersonen für die Schülerinnen und Schüler, denn neben persönlichen Problemen stellen auch die erheblichen Lerndefizite durch Fernunterricht und Unterrichtsausfälle in den letzten 2 Jahren ein großes Problemfeld. Zudem gibt es einen kontinuierlichen Anstieg an Mobbing-Vorfällen an Schulen, denen gezielt entgegengewirkt werden muss. Daher sind Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an jeder Schule zu etablieren.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 63	Kapitel: 0 5 0 5 0	Titel: 5 2 6 6 6
Zweckbestimmung: Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben		

Stichwort: Unnötige Titelaufwüchse vermeiden – Sachverständige und Gerichtskosten auf IST-Stand von 2020 zurückführen (II)

Ansatz im Entwurf 2022	100.000 €
Änderung (+/-):	-100.000 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die teils deutlichen Titelaufwüchse für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben zwischen dem IST-Stand 2020 und dem Ansatz für das Haushaltsjahr 2021 bzw. 2022 stellen keine notwendigen Ausgaben dar und sind daher auf den Stand der IST-Ausgaben von 2020 zurückzuführen. Die hierdurch eingesparten Finanzmittel können stattdessen für die Finanzierung wirklich sinnvoller Projekte herangezogen werden, die den Kindern und Jugendlichen, Erziehern und Lehrern sowie dem Schul- und Bildungssystem insgesamt zugutekommen.

Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf****zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 72-73	Kapitel: 0 5 0 6 0	Titel: 6 3 3 1 0
Zweckbestimmung: Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Kindertagesbetreuung		

Stichwort: Elternbeitragsfreiheit für das vorletzte Kita-Jahr

Ansatz im Entwurf 2022	537.745.500 €
Änderung (+/-):	+ 14.800.000 €
Ansatz neu:	552.545.500 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)**Verpflichtungsermächtigungen 2022**

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	

Deckung bei: Einzelplan 20				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	20 020	359 15	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	14.800.000 €
				€
insgesamt:				14.800.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Seite 73:

Die Zusammensetzung der Zuschüsse nach KitaG kann der folgenden Übersicht entnommen werden:

2022
EUR

(...)

3. Landeszuschüsse gemäß §§ 17c und d KitaG

Elternbeitragsfreiheit

57.705.000*Summe zu 3.*57.705.000

(...)

Zusammen**552.545.500****Begründung:**

Eine Kita leistet viel mehr, als Kinder zu betreuen. Sie ist ein wichtiger Ort frühkindlicher Bildung. Und Bildung ist ein Grundrecht, das von der Kita bis zur Hochschule kostenlos sein muss. Bildung muss für alle zugänglich sein, unabhängig vom Einkommen oder vom sozialen Status der Eltern. Nur so sind gleichberechtigte Teilhabe und Chancengerechtigkeit möglich.

Der in der letzten Legislaturperiode unter Rot-Rot begonnene Weg der Kitabeitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr sowie die komplette Beitragsfreiheit für Kinder, deren Eltern Transferleistungen beziehen oder Geringverdiener*innen sind, darf daher nicht verschoben, sondern muss konsequent fortgeführt werden.

Ab August 2022 soll deshalb auch für das vorletzte Kita-Jahr die Elternbeitragsfreiheit gelten. Hierzu muss das Kitagesetz geändert werden.

Der weitere Ausbau der Kitabeitragsfreiheit ist nicht nur eine lohnende Investition in die Kinderfreundlichkeit unseres Landes. Es werden auch Familien entlastet, die gerade in

Pandemiezeiten vor großen Herausforderungen standen und noch immer stehen. Hinzu kommen die stetigen Konflikte um die Regelungen von Elternbeiträgen zwischen den Gemeinden, Eltern und Trägern. Die unterschiedliche Bemessung von Elterngebühren sorgt für Unsicherheiten, rechtliche Auseinandersetzungen und einen hohen Verwaltungsaufwand. Es ist dringend geboten diese Konflikte zu befrieden, da diese oft auf dem Rücken der Eltern ausgetragen werden. Der Ausbau der Kitabeitragsfreiheit würde einen Beitrag dazu leisten.

Die hier geforderte Verbesserung ist ein Zwischenschritt in Richtung einer kompletten Kitabeitragsfreiheit. Diese würde nicht nur als ein erheblicher wirtschaftlicher Standort- und Ansiedlungsvorteil für das Land Brandenburg zu Buche schlagen, sie wäre auch ein wichtiges Signal der Wertschätzung gegenüber den Familien und den Kindern.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 72f.	Kapitel: 0 5 0 6 0	Titel: 6 3 3 1 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Förderung von Kindertagesbetreuung		

Stichwort: Wahlversprechen einhalten – Vorletztes KiTa-Jahr betragsfrei machen

Ansatz im Entwurf 2022	537.745.500 €
Änderung (+/-):	+ 35.000.000 €
Ansatz neu:	572.745.500 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
29	20 020	972 10	Globale Minderausgaben	35.000.000 €
				€
insgesamt:				35.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die Zusammensetzung der Zuschüsse nach KitaG kann der folgenden Übersicht entnommen werden:

		2022 EUR
	[...]	
3.	Landeszuschüsse gem. §§ 17c und d KitaG	
	Elternbeitragsfreiheit	<u>77.905.000</u>
	<i>Summe zu 3.</i>	<u>77.905.000</u>
	[...]	
Zusammen		<u>572.745.500</u>

Begründung:

Die schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge in der KiTa bis zum Jahr 2024 war eines der zentralsten Projekte und Wahlversprechen der rot-schwarz-grünen Regierungspartner. Eine nicht unerhebliche Anzahl an Wählern schenken aufgrund dieser Tatsache den Regierungsparteien ihre Stimme und vertraute darauf, dass Familien dadurch zukünftig entlastet werden. Die für das Jahr 2022 angekündigte KiTa-Beitragsfreiheit für Kinder im vorletzten Jahr vor der Einschulung soll nun jedoch um ein weiteres Jahr verschoben werden. Dies ist aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und im Sinne einer familienfreundlichen Politik, gerade auch vor dem Hintergrund der wachsenden finanziellen Belastungen, denen sich die Familien insbesondere infolge der Corona-Politik ausgesetzt sehen, schlichtweg inakzeptabel.

Infolgedessen ist die Landesregierung aufgefordert, den zweiten Schritt der Elternbeitragsfreiheit – entsprechend des ursprünglichen Vorhabens – im kommenden Jahr umzusetzen und die hierfür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 72	Kapitel: 0 5 0 6 0	Titel: 6 3 3 1 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kindertagesbetreuung		

Stichwort: 2. Beitragsfreies Kita-Jahr**Ansatz im Entwurf 2022**

537.745.500 €

Änderung (+/-):

+ 42.000.000 €

Ansatz neu:

579.745.500 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022**Ansatz im Entwurf:**

€

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:

€

Ansatz neu mit Fälligkeiten:

€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	42.000.000 €
insgesamt:				42.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

...

Die Zusammensetzung der Zuschüsse nach KitaG kann der folgenden Übersicht entnommen werden:

	2022 EUR
1. Landeszuschüsse gem. § 16 KitaG Sockelbetrag Sprachstandförderung und Bestandsschutz	266.403.000 8.022.000
Summe zu 1.	274.425.000
2. Landeszuschüsse gem. § 16a KitaG Ausgleichsbetrag Personalschlüsselverbesserung*	191.313.200
Ausgleichsbetrag Erweiterung Rechtsanspruch	19.623.900
Summe zu 2.	210.937.100
3. Landeszuschüsse gem. §§ 17c und d KitaG Elternbeitragsfreiheit	84.905.000
Summe zu 3.	84.905.000
Ausgleichsbetrag gem. Kita-Leitungsausgleichsverordnung Sockel Leitungsfreistellung	9.478.400
Summe zu 4	9.478.400
Zusammen	579.745.500

...

Begründung:

Die Umsetzung der Befreiung von Elternbeiträgen für das vorletzte Kita-Jahr ist bereits, wie es den Eltern und Kindern zugesagt wurde, in 2022 vorzunehmen. Im Koalitionsvertrag steht: „Die Koalition wird im Jahr 2022 das vorletzte Kita-Jahr beitragsfrei stellen.“

Wenngleich die Corona-Pandemie Prioritäten hat verschieben lassen, so waren es doch insbesondere die Eltern die Kita- und Grundschulkinder, die in dieser Zeit enorme Belastungen zu tragen hatten. Auch dem muss durch die Entlastung ab 2022 Rechnung getragen werden.

Zusagen sind einzuhalten. Politik muss verlässlich sein und bleiben.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 72	Kapitel: 0 5 0 6 0	Titel: 6 3 3 1 0
Zweckbestimmung: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kindertagesbetreuung		

Stichwort: Pauschalbetrag Elternbeitragsbefreiung

Ansatz im Entwurf 2022	537.745.500 €
Änderung (+/-):	+ 1.073.600 €
Ansatz neu:	538.819.100 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
24	20 020	461 20	Zur Verstärkung der Personalausgaben in allen Einzelplänen	1.073.600 €
insgesamt:				1.073.600 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

...

Die Zusammensetzung der Zuschüsse nach KitaG kann der folgenden Übersicht entnommen werden:

	2022 EUR
1. Landeszuschüsse gem. § 16 KitaG	
Sockelbetrag	266.403.000
Sprachstandförderung und Bestandsschutz	8.022.000
Summe zu 1.	274.425.000
2. Landeszuschüsse gem. § 16a KitaG Ausgleichsbetrag	
Personalschlüsselerverbesserung*	191.313.200
Ausgleichsbetrag Erweiterung Rechtsanspruch	19.623.900
Summe zu 2.	210.937.100
3. Landeszuschüsse gem. §§ 17c und d KitaG	
Elternbeitragsfreiheit	43.978.600
Summe zu 3.	43.978.600
Ausgleichsbetrag gem. Kita-Leitungsausgleichsverordnung	
Sockel Leitungsfreistellung	9.478.400
Summe zu 4	9.478.400
Zusammen	538.819.100

...

Begründung:

Das OVG Berlin-Brandenburg hat in seinem Urteil am 17.06.2021 festgestellt, dass die Höhe des pauschalen Erstattungsbetrages in Höhe von 12,50 EUR/Fall für Ausgleichszahlungen der Landkreise und kreisfreien Städte an Kita-Träger für deren Verluste durch die Elternbeitragsbefreiung von Eltern mit geringem Einkommen fehlerhaft ist. Der Städte- und Gemeindebund hatte eine Pauschale in Höhe von 25,92 EUR gefordert.

Insgesamt betrifft dies nach Schätzungen des Landes Brandenburg rd. 40.000 Kinder.

Daher sind den Landkreisen und kreisfreien Städten für 2021 nachträglich und für 2022 zusätzlich jeweils 536.800 EUR zuzuweisen:

40.000 Kinder	x 25,92 EUR	= 1.036.800 EUR
40.000 Kinder	x 12,50 EUR	= 500.000 EUR
Differenz		<u>= 536.800 EUR</u>
Nachzahlung 2021		536.800 EUR
Erhöhung Ansatz Zahlung 2022		536.800 EUR
Änderung Ansatz 2022		<u>1.073.600 EUR</u>

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 74	Kapitel: 0 5 0 6 0	Titel: 5 4 7 6 1
Zweckbestimmung: Sächliche Verwaltungsausgaben		

Stichwort: Aus- und Fortbildung Kita-Personal

Ansatz im Entwurf 2022	2.880.000 €
Änderung (+/-):	1.120.000 €
Ansatz neu:	4.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf: €

Änderung (+/-) mit Fälligkeiten: €

Ansatz neu mit Fälligkeiten: €

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	05 020	359 11	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	1.120.000 €
insgesamt:				1.120.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Meldung der PNN (u. a. Medien) Ende August 2021):

„Nach dem aktuellen Länderreport „Frühkindliche Bildungssysteme 2021“, den die Bertelsmann-Stiftung ... veröffentlicht hat, werden trotz `erheblicher Verbesserungen` seit 2013 im Land immer noch neun von zehn Kitakindern `nicht kindgerecht` betreut ...“

Das liegt zu einem erheblichen Teil an nicht ausreichend vorhandenem Kita-Personal, aber auch an deren zu wenig ermöglichter Weiterbildung. Für die Aus- und Fortbildung sind die Kita-Träger verantwortlich und dort ist es auch immer eine Frage des Geldes, in welchem Umfang Weiterbildungsmaßnahmen durch das Kita-Personal in Anspruch genommen werden können.

Aus diesem Grund sind die sogenannten „Bildungsgutscheine“ in stärkerem Maße als bisher zur Verfügung zu stellen, um so vielen Erzieherinnen und Erziehern wie möglich laufende Fortbildungen im Rahmen des „Landesprogrammes Fachkräftequalifizierung und -gewinnung“ zu ermöglichen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 86	Kapitel: 0 5 0 7 0	Titel: 6 8 5 6 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für die sprachliche und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen durch Weiterbildung		

Stichwort: Keine steuergeldfinanzierten Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge

Ansatz im Entwurf 2022	150.000 €
Änderung (+/-):	-150.000 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Die im EP 05 veranschlagten Mittel werden für die „Förderung von Grundkursen zum Erlernen der deutschen Sprache für Flüchtlinge“ veranschlagt; Flüchtlinge aber genießen nur einen zeitlich begrenzten Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik Deutschland. Insofern bedürfen sie keiner sprachlichen oder gesellschaftlichen Integrationsmaßnahmen zulasten der Steuerzahler. Entsprechende Maßnahmen lassen sich kostenneutral seitens der zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen, die unentgeltlich arbeiten, organisieren.

Änderungsantrag

BVB / FREIE WÄHLER

05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 86	Kapitel: 0 5 0 7 0	Titel: 6 8 5 6 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse für die sprachliche und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen durch Weiterbildung		

Stichwort: Fachdeutschkurse

Ansatz im Entwurf 2022	150.000 €
Änderung (+/-):	+ 150.000 €
Ansatz neu:	300.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)

€

Verpflichtungsermächtigungen 2022

Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	05 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	150.000 €
insgesamt:				150.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt sind Ausgaben zur Förderung von Grundkursen zum Erlernen der deutschen Sprache für Flüchtlinge, insbesondere zur Alphabetisierung und zum Erlernen fachspezifischer Deutschkenntnisse sowie Weiterbildungsveranstaltungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Qualifizierung ihrer Tätigkeit in der Bildungsarbeit mit Flüchtlingen.

Begründung:

Viele Geflüchtete verfügen über gute Ausbildungen, die sie in ihren ehemaligen Heimatländern absolviert haben. Sie können aber in ihren Fachgebieten nur schwer bzw. gar nicht in Deutschland in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden, weil sie zwar über allgemeine, nicht aber über fachbezogene Deutschkenntnisse verfügen. Um dieses Potential nutzen zu können und weitere Erfolge bei der Integration Geflüchteter erzielen zu können, sind die bisher angebotenen Deutschkurse zu erweitern.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 89	Kapitel: 0 5 0 7 0	Titel: 6 8 4 6 1
Zweckbestimmung: Zuschüsse für laufende Zwecke an Träger für politische Bildungsarbeit und den Ring für politische Jugend		

Stichwort: Parteipolitisch motivierte Verwendung von Steuergeldern stoppen

Ansatz im Entwurf 2022	588.900 €
Änderung (+/-):	-500.000 €
Ansatz neu:	88.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Hinter den veranschlagten Ausgaben verbergen sich eindeutig parteipolitisch motivierte Zielstellungen, um gegen unerwünschte politische Strömungen und Meinungen zu agitieren, Kinder und Jugendliche zu indoktrinieren und hierbei durch die einseitige Verwendung von Steuergeldern einen Wettbewerbsvorteil in der politischen Auseinandersetzung zu erlangen. Diese Vorgehensweise ist inakzeptabel und nicht zu rechtfertigen.

Daher sind Einsparungen vorzunehmen. Diese Einsparungen sind bildungspolitischen Projekten zuzuführen, die tatsächlich sinnvoll sind und das Schul- und Bildungssystem – und damit die Erzieher, Lehrer, Kinder, Jugendlichen und deren Eltern – stärken.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 108	Kapitel: 0 5 2 0 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Schulpsychologischen Beratungsdienst ausbauen, betroffenen Kindern und Jugendlichen helfen

Ansatz im Entwurf 2022	7.484.800 €
Änderung (+/-):	+1.700.000 €
Ansatz neu:	9.184.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39f.	05 020	TGr. 75	Umsetzung des Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“	1.700.000 €
				€
insgesamt:				1.700.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

[...]

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
Schulpsychologierätin, Schulpsychologierat	A13	hD	30,00	<u>60,00</u>
[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
Zusammen:			249,00	<u>289,00</u>

Leerstellen:

[...]

Begründung der Änderungen im Stellenplan:
2022Zugänge:Neue Stellen:

<u>30,00</u>	<u>A13 hD</u>	<u>Schulpsychologierätin, Schulpsychologierat</u>
<u>30,00</u>	<u>Zugänge neue Stellen</u>	
<u>30,00</u>	<u>Stellen Zugänge insgesamt</u>	
<u>30,00</u>	<u>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</u>	

Umwandlung/Umsetzung

Umwandlungen und Umsetzungen			
6,00	A10 gD	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umwandlung von A10 gD
4,00	A8 mD	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Umwandlung von A8 mD
<u>10,00</u>	<u>Umwandlungen/Umsetzungen</u>		
<u>10,00</u>	<u>Stellen Zugänge insgesamt</u>		
<u>10,00</u>	<u>Stellen Zugänge / Abgänge (-)</u>		

Stellenhebung:

Sonstige Hebungen

7,00	Von A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtman	nach A12 gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat
<u>7,00</u>	<u>Sonstige Hebungen insgesamt</u>			
<u>7,00</u>	<u>Stellenhebungen insgesamt</u>			

Begründung:

Berechtigte Klagen über mangelnde personelle Kapazitäten zur Wahrnehmung ihrer komplexen und wichtigen Aufgabe wurden seitens der Brandenburger Schulpsychologen in den vergangenen Jahren wiederholt vorgetragen. Gleichzeitig vermerken zahlreiche bundesweite und regionale Studien einen deutlich gestiegenen Beratungsbedarf infolge der Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern.

Spätestens mit der Veröffentlichung der Studie JuCo II der Universitäten Frankfurt und Hildesheim im Dezember 2020 ließen sich die schwerwiegenden Auswirkungen dieser Politik auf das seelische und körperliche Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen nicht länger ignorieren.

Diese Ergebnisse stimmen auch mit jenen der COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE) überein, die Mitte Februar 2021 präsentiert wurde. Demnach leidet infolge der monatelangen Schulschließungen sowie Besuchs- und Kontaktverbots ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen an depressiven Symptomen. Essstörungen, selbstverletzendes Verhalten als Bewältigungsstrategie (gerade bei Mädchen und jungen Frauen), substanzielle psychosomatische Beschwerden (wie Schlafprobleme, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwierigkeiten), Zukunftssorgen, Angststörungen bis hin zu versuchten bzw. vollendeten Suiziden – davon allein mindestens vier in Brandenburg seit Beginn des Jahres – haben ein alarmierendes Ausmaß angenommen.

Der Sprecher des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ e.V.), Jakob Maske, betonte daraufhin bereits Mitte Mai d. J., es gebe „psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben.“

Dies führt auch in den Neuen Bundesländern zu einer stetig wachsenden Inanspruchnahme professioneller Hilfe. So konnte jüngst in einer Blitzumfrage der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer (OPK) vom März 2021 nachgewiesen werden, dass rund 80 Prozent der ostdeutschen Psychotherapeuten eine deutlich gestiegene Nachfrage ihrer Angebote, insbesondere in der Altersgruppe der 14- bis 17-Jährigen, verzeichnen.

Diese Ergebnisse stehen allesamt in völligem Widerspruch zu der Sonderstudie „Jugend in Brandenburg 2020 – Auswirkungen der Corona-Pandemie“, die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Auftrag gegeben wurde und deren Ergebnisse Mitte Februar 2021 vorlagen. Die Studienaussagen bestätigten den damaligen Kurs der Landesregierung bzw. des MBJS und bildeten die argumentative Grundlage auch seitens der Koalitionsfraktionen, Forderungen nach geeigneten Gegenmaßnahmen als angebliche „Angst- und Panikmache“ zurückzuweisen.

Dass hier frühzeitig dringender Handlungsbedarf angezeigt gewesen wäre, beweist der Aufruf der Barmer Krankenkasse in Brandenburg, die angesichts des Umfangs des Problems die Landesregierung bereits Anfang Mai 2021 aufforderte, durch entsprechende Maßnahmen unverzüglich gegenzusteuern.

Eine passgenaue, niedrigschwellige und flächendeckende Beratung zur Prävention von Lern- und Verhaltensauffälligkeiten, die Unterbreitung individueller Hilfeleistungen sowie alle anderen Bestandteile des umfangreichen Aufgabenprofils gemäß der „Verwaltungsvorschriften über die schulpsychologische Beratung“ (VVpsyBer) kann von den Schulpsychologen auf Grundlage der derzeitigen Personalausstattung von 30 VZE (entspricht ca. 1 Schulpsychologe auf 10.000 Schüler) nur noch unter größter Anstrengung in der gebotenen Qualität gewährleistet werden. Dies aber wäre dringend notwendig, damit nicht nur die betroffenen Familien und deren Kinder bei psychisch und psychosozial bedingten Problemen begleitet werden können; auch die Lehrer sind bei der Umsetzung des Unterrichts und

individueller Förderangebote auf die Handlungsfähigkeit der Schulpsychologen dringend angewiesen, zumal sich für die kommenden Schuljahre ein deutlicher Anstieg an sonderpädagogischen Förderbedarfen, v.a. im Bereich der Förderschwerpunkte „Emsoz“ und „Lernen“, abzeichnet.

Das Aufholen der massiven Lernrückstände und die psychosozialen Folgeschäden der Pandemiepolitik bei Kindern und Jugendlichen lassen sich nicht ohne eine auskömmliche Zahl an professionellen Schulpsychologen bewältigen.

Die schulpsychologischen Beratungsstrukturen im Land Brandenburg müssen deshalb personell deutlich ausgebaut werden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 111	Kapitel: 0 5 2 0 0	Titel: 5 2 6 1 0
Zweckbestimmung: Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben		

Stichwort: Unnötige Titelaufwüchse vermeiden – Sachverständige und Gerichtskosten auf IST-Stand von 2020 zurückführen (III)

Ansatz im Entwurf 2022	120.000 €
Änderung (+/-):	-80.300 €
Ansatz neu:	39.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Begründung:

Die teils deutlichen Titelaufwüchse für Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben zwischen dem IST-Stand 2020 und dem Ansatz für das Haushaltsjahr 2021 bzw. 2022 stellen keine notwendigen Ausgaben dar und sind daher auf den Stand der IST-Ausgaben von 2020 zurückzuführen. Die hierdurch eingesparten Finanzmittel können stattdessen für die Finanzierung wirklich sinnvoller Projekte herangezogen werden, die den Kindern und Jugendlichen, Erziehern und Lehrern sowie dem Schul- und Bildungssystem insgesamt zugutekommen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 134	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: 4 2 9 6 1
Zweckbestimmung: Personalausgaben für das „Refugee Teachers Program“		

Stichwort: Gescheitertes „Refugee Teachers Program“ stoppen, weitere Steuergeldverschwendung beenden

Ansatz im Entwurf 2022	787.500 €
Änderung (+/-):	-787.500 €
Ansatz neu:	0 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)**Begründung:**

Seit 2016 finanziert die Brandenburger Landesregierung das „Refugee Teachers Program“ der Universität Potsdam – bislang mit rund 1,8 Mio. €. Ziel des Programms sei es, „geflüchteten“ Lehrern durch Zusatzqualifikationen eine Perspektive für eine Übernahme in den Schuldienst des Landes Brandenburg zu eröffnen, wobei diese gleichzeitig als „Brückenbauer“ und „Vermittler zwischen den Kulturen“ fungieren sollten. Auch dem eklatanten Lehrermangel im Land Brandenburg sollte dadurch entgegengewirkt werden.

Das Projekt stieß anfangs in der medialen Berichterstattung auf großes Interesse und wurde durchweg als wegweisendes Modell auch für andere Bundesländer gelobt. Am 26.04.2021 wurde in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport die Verlängerung des „erfolgreichen“ Programms verkündet. Laut Wissenschaftsministerin Dr. Schüle (SPD) sei das Programm ein „Konzept der Hoffnung. Und ein innovatives Konzept, um hochqualifizierte und hoch motivierte Geflüchtete sinnvoll weiter zu qualifizieren und ihnen eine Perspektive zu bieten.“ Das Programm sei „ein Brandenburger Exportschlager“. Tatsächlich ist die Bilanz des Programms fünf Jahre nach dem Projektstart und drei Monate nach dem Beschluss zu dessen Verlängerung niederschmetternd: Neben durchgängig hohen Abbruchquoten von bis zu 80% (Oktober 2016) bei gleichzeitig niedrigen Absolventenquoten haben von insgesamt 105 Projektteilnehmern, welche die Prüfungen erfolgreich absolvierten, bisher überhaupt nur vier eine unbefristete Stelle als Lehrer angetreten (3,8%); weitere 34 seien als „sonstiges pädagogisches Personal“ an Brandenburger Schulen tätig (32,4%). Die übrigen Absolventen – 65 Personen – haben keine Stelle angetreten oder aus verschiedenen Gründen keine solche antreten können (rund 62%).

Für die Potsdamer Neuesten Nachrichten hat sich das Projekt für die Teilnehmer als eine „Sackgasse“ erwiesen: „Die Rechnung, die Absolventen in den Brandenburger Schuldienst zu integrieren, ging ganz offensichtlich nicht auf.“ Die Absolventen seien „ernüchtert und enttäuscht“, viele fühlten sich „im Stich gelassen“ und seien insgesamt „bedient“. Das Projekt sei ein „Flop“. Auch die Brandenburger Integrationsbeauftragte erkennt das Projekt als gescheitert an: „Die Absolventen fühlen sich da sehr alleingelassen und auch ein bisschen mit falschen Versprechungen in eine Richtung gebracht, die dann gar nicht die richtige war.“ Es habe insgesamt am „guten Willen“ der zuständigen Landesstellen gefehlt.

Während das Bildungsministerium auf die vernichtende Kritik laut Medienberichten „abweichend“ reagierte, hielt die Wissenschaftsministerin trotz gegenteiliger Faktenlage auch weiterhin an ihrer bisherigen Einschätzung fest und erklärte noch Ende Juni 2021: „Das Projekt ist ein Erfolg.“

Vor diesem Hintergrund ist eine Fortschreibung des Projekts auch mit Blick auf die damit verbundenen hohen Kosten für den Steuerzahler von bislang rund 1,8 Mio. € unter keinen Umständen länger hinnehmbar. Die geplante Finanzierung durch das MBJS i.H.v. 787.500 € im Haushaltsjahr 2022 ist daher ersatzlos zu streichen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 137	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: 6 8 4 6 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger		

Stichwort: Neutralitätsgebot an Schulen achten – politische Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen beenden

Ansatz im Entwurf 2022	1.635.200 €
Änderung (+/-):	-707.000 €
Ansatz neu:	928.200 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
				€
				€
insgesamt:				€

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Übersicht des geplanten Einsatzes der Mittel nach Maßnahmenbereichen:

	2021 EUR
1. Durchführung des muttersprachlichen Unterrichts	<u>400.000</u>
2. Maßnahmen der fachübergreifenden Kompetenzentwicklung	
2.1 Projektverbund kobra.net	<u>100.000</u>
2.2 Gedenkstättenpädagogik	<u>75.000</u>
2.3 Projektförderung RAA	<u>334.000</u>
2.4 Projekte gegen sexuelle Gewalt und für sexuelle Vielfalt („Bildung unterm Regenbogen“)	<u>53.000</u>
2.5 diverse Projekte zur kulturellen Bildung, Schultheaterarbeit, Gewaltprävention, Gesundheitsförderung, Nachhaltigkeit, Globalisierung u.ä.	<u>300.000</u>
Summe:	<u>928.200</u>

Begründung:

Im Jahr 2022 sollen laut der Übersicht der entsprechenden Maßnahmenbereiche Mittel i.H.v. 334.000 EUR an die Projektförderung RAA (Maßnahmenbereich 2.3; +264.000 EUR i. Vgl. zu 2021), weitere 53.000 EUR in Projekte gegen sexuelle Gewalt und für sexuelle Vielfalt/„Bildung unterm Regenbogen“ (Maßnahmenbereich 2.4) sowie 405.000 EUR für „diverse Projekte zur kulturellen Bildung, Schultheaterarbeit, Gewaltprävention, Gesundheitsförderung, Nachhaltigkeit, Globalisierung u.ä.“ (Maßnahmenbereich 2.5; +40.000 EUR i. Vgl. zu 2021) ausgegeben werden.

Die RAA Brandenburg sind nach eigenem Verständnis eine „unabhängige Unterstützungsagentur für Bildung und gesellschaftliche Integration“, deren Ziel es sei, die Gesellschaft „für kulturelle, religiöse und ethnische herkunftsbezogene Heterogenität“ zu sensibilisieren und zu öffnen. Darüber hinaus verstehen sie sich als Organisation, die sich im politisch motivierten „Kampf gegen Rechts“ engagiert. Tatsächlich sind die RAA nicht unabhängig, sondern verfolgen als Teil eines landesweiten Netzes linker und migrationsbefürwortender Organisationen handfeste gesellschaftspolitische Interessen. Dabei werden die angeblichen Vorteile gesellschaftlicher und kultureller Heterogenisierung sowie unbegrenzter Zuwanderung unreflektiert propagiert, während die daraus resultierenden massiven politischen, sozialen, wirtschaftlichen sowie kulturellen Verwerfungen und Spaltungstendenzen negiert werden.

Mit diesem unverantwortlichen Vorgehen tragen die RAA dazu bei, legitime Kritik an der Flüchtlings- und Migrationspolitik unterschiedslos als vermeintlich rechtsextrem und/oder rassistisch zu stigmatisieren, die demokratische Auseinandersetzung zu verhindern und das Grundrecht auf Meinungsfreiheit nachhaltig zu beschädigen.

Das Aufoktroyieren von Sprach-, Denk- und Verhaltensvorgaben ist kein Merkmal einer freiheitlichen Gesellschaft und hat daher insbesondere im Schul- und Bildungsbereich keinen Platz. Darüber hinaus werden die RAA bereits im Einzelplan 07 mit 729.300 EUR institutionell gefördert (vgl. 07 010, Titel 684 70).

Ähnlich kritisch ist die Förderung von Projekten für „sexuelle Vielfalt“, hierbei namentlich das sogenannte Bildungsprojekt „Bildung unterm Regenbogen“ des Landesverbands AndersARTig e.V., zu bewerten. Ein Mitteleinsatz für Projekte gegen sexuelle Gewalt ist zu begrüßen, jedoch findet er seine Grenzen bei einer ideologisch motivierten Propaganda von „sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“, die im Rahmen von Workshops an Schulen Verwendung finden soll und teils unter Ausschluss der betreuenden Lehrer und ohne Einverständnis der Eltern zu den vermittelten Inhalten stattfindet

Daneben beschränkt sich der Verein AndersARTig nicht allein auf Projekte gegen sexuelle Gewalt und „sexuelle Vielfalt“; vielmehr werden diese Bereiche, wie bei solchen Vereinen allgemein üblich, unter den Stichworten „Demokratie-“ und/oder „Menschenrechtsbildung“ ganz selbstverständlich auf weitere Anliegen ausgedehnt, die eindeutig einer bestimmten (partei)politischen Gesinnung zugeordnet werden können. So werden auf dem Facebook-Auftritt „Bildung unterm Regenbogen“ Verlinkungen zu Artikeln und Interviews geteilt, in denen ganze Bevölkerungs- und Berufsgruppen, Behörden und Institutionen mit dem Pauschalvorwurf, strukturell rassistisch zu sein, belegt werden. Neben der hinlänglich bekannten Forderung nach grenzenloser Zuwanderung wird ebenso unter der Wortneuschöpfung „Klimagerechtigkeit“ altbekannten sozialistischen Umverteilungsfantasien das Wort geredet.

Da die einseitige Politisierung und Beeinflussung unserer Kinder und Jugendlichen im Rahmen von Schule und Unterricht verhindert werden muss, sind die veranschlagten Gelder ausschließlich an Projekte zu knüpfen, die sich sexueller Gewalt entgegenstellen.

Änderungsantrag

der Fraktion DIE LINKE

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf****zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 137	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: 6 8 4 6 5
Zweckbestimmung: Zuschüsse an freie Träger		

Stichwort: Bildung unterm Regenbogen und Förderung diverser Projekte im Bereich der kulturellen Bildung

Ansatz im Entwurf 2022	1.635.200 €
Änderung (+/-):	+ 67.500 €
Ansatz neu:	1.702.700 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei: Einzelplan 05				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
32	05 020	359 10	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	67.500 €
insgesamt:				67.500 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Übersicht des geplanten Einsatzes der Mittel nach Maßnahmenbereichen:

2022**EUR**

(...)

2.4. Projekte gegen sexuelle Gewalt und für sexuelle Vielfalt
 („Bildung unterm Regenbogen“)

120.500

(...)

Summe**1.702.700****Begründung:**

„Bildung unterm Regenbogen“ deckt mit seinen Bildungsangeboten mehrere Bereiche der fächerübergreifenden Kompetenzentwicklung (Demokratiebildung, kulturelle Bildung, Bildung zur Akzeptanz von Vielfalt Gewaltprävention, Gesundheitsförderung) ab. Schwerpunkt des Projekts ist die Bildungs- und Aufklärungsarbeit im Bereich sexueller und geschlechtlicher Vielfalt für Schüler*innen, Lehrkräfte, angehende Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte im Land Brandenburg. Das Projekt besteht derzeit aus einer hauptamtlichen Projektkoordinatorin sowie aus einem Team von zehn ehrenamtlichen Referent*innen an den Standorten Potsdam und Cottbus. Da es einen deutlichen Anstieg der Bildungs- und Aufklärungsangebote an den Schulen gibt, stößt das Projekt bei einer gleichbleibenden Personalstruktur an seine Grenzen. Zudem sind mit der Coronapandemie neue Projektaufgaben entstanden, die eine moderate personelle Aufstockung des Projekts zusätzlich begründen.

Die mit der Corona-Pandemie verhängten Eindämmungsverordnungen haben dazu geführt, dass sich die ohnehin schon angespannte Lebenssituation bei vielen LSBTI*Q Menschen in Brandenburg verschärft haben. Die mit den Eindämmungsverordnungen verbundenen Rückzugsbewegungen potenzieren soziale Problemlagen insbesondere für Jugendliche im Coming-Out bzw. in der Transition. *Social distancing* kann sich, das zeigen Beratungserfahrungen sehr deutlich, hinsichtlich der Suizidalität bzw. selbstverletzender Verhaltensweisen als Problem auswirken. Ängste und depressive Stimmungen werden verstärkt. Phänomene, wie Isolation und Einsamkeit wirken sich dabei im ländlichen Raum stärker aus als in urbanen Räumen Brandenburgs.

„Bildung unterm Regenbogen“ war und ist bei gleichbleibender Personalstruktur vor die Aufgabe gestellt, digitale Formate zu entwickeln, um die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Antidiskriminierungsarbeit für Schüler*innen, Lehrkräfte und Lehramtskandidat*innen zu erhalten. Das Projekt bietet somit zusätzlich zu den Präsenzveranstaltungen digitale Bildungsformate für Schüler*innen, Lehrkräfte und Referendare an. Regelmäßige Sprechzeiten werden zudem an zwei Brandenburger Schulen angeboten, um auf die sich verschärfende Lebenssituation LSBTI*Q Jugendlicher reagieren und auch die steigenden Beratungsbedarfe der Lehrkräfte vor Ort abdecken zu können.

Die Digitalisierung der Bildungsangebote sowie die Umsetzung dieser Sprechzeiten stellen zusätzliche Projektaufgabe dar, die unter der gleichbleibenden Personalstruktur des Projekts nicht umzusetzen sind.

Neben der bestehenden Projektkoordinationsstelle (TVL 10, Stufe 2) soll somit eine weitere Mitarbeiterstelle (TVL 9, Stufe 2) eingerichtet werden. Dadurch wäre es möglich, das Projekt bedarfsgerecht auszubauen. Zudem muss ein Anteil der geschäftsleitenden Aufgaben im Zuwendungsvolumen Berücksichtigung finden. Die Berechnung der Ausgaben begründet sich wie folgt:

Sachkosten: 19.000,00 €

Personalkosten: 101.334,14 € Projektkoordination (1x TVL 10, Stufe 2: 46.669,62 €)
Projektmitarbeiter*in (1x TVL 9, Stufe 2: 41.764,52 €)
Stellenanteil Geschäftsstelle (0,25 TVL E 9, Stufe 4: 12.900)
Aufwandsentschädigung
(50,- bei 46 Veranstaltungen im Jahr = 4.600 €)

Gesamtbedarf: 120.334,14 €

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite:	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: n e u
Zweckbestimmung: Erhebung der Arbeitszeitbelastung für Lehrer im Land Brandenburg		

Stichwort: Lernrückständen schnellstmöglich begegnen und nachhaltig abbauen – Lehrerarbeitszeiten erfassen und Entlastungspotenzial identifizieren

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 200.000 €
Ansatz neu:	200.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39f.	05 020	TGr. 75	Umsetzung des Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“	200.000 €
				€
insgesamt:				200.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Veranschlagt für die konzeptionelle Vorbereitung, Begleitung und Evaluation.

Begründung:

Laut der repräsentativen Studie „Lehrerarbeit im Wandel“ (LaiW), deren Ergebnisse im März 2020 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, beklagen 66 % der bundesweit befragten Gymnasiallehrer eine hohe bzw. zu hohe Arbeitsbelastung. Als Gründe hierfür wurden insbesondere das zunehmende Leistungsgefälle zwischen den Schülern einer Lerngruppe, fehlende Erholungsmöglichkeiten während des Schulalltags und am Wochenende sowie – erneut – das insgesamt zu hohe Arbeitspensum genannt, das sich in langen Arbeitszeiten niederschlägt.

Da die Mindestanzahl an Teilnehmern im Falle Brandenburgs nicht erreicht worden war, lassen sich für unser Bundesland aus dieser Erhebung keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Arbeits(zeit)belastung von Lehrern an brandenburgischen Gymnasien ziehen.

Allerdings kann auch im Falle aller weiteren Lehrämter auf kein aktuelles und belastbares Datenmaterial zu dieser Frage zurückgegriffen werden.

Die letzte Studie, die sich mit diesem Sachverhalt auseinandersetzte, liegt mit der Untersuchung Axel Gehrmanns immerhin 18 Jahre zurück. Damals wurde anhand einer Stichprobe von 881 befragten Lehrern eine Durchschnittsarbeitszeit von 44,5 Zeitstunden pro Schulwoche errechnet. Dieser Durchschnittswert lässt allerdings die breite Palette zeitintensiver Arbeiten außer Acht, die während der Ferien, an Wochenenden und auch an Feiertagen verrichtet werden müssen. Eingedenk dieses Umstands und basierend auf dem Zahlenmaterial Gehrmanns berechneten die Autoren der großangelegten Untersuchung „Zeiterfassungsstudien zur Arbeitszeit von Lehrkräften in Deutschland“ (2018) für Brandenburger Lehrer eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von insgesamt 47,5 Stunden.

Aus Berichten von Lehrern aller Schulformen im Land Brandenburg geht eindrücklich hervor, dass die ohnehin viel zu hohe Arbeitszeit und -belastung während des Lockdowns sowie durch die einschneidenden Vorgaben der Eindämmungs- bzw. Umgangsverordnung der Landesregierung nochmals deutlich angestiegen sind. Hinzu kommen nun die Herausforderungen, die mit dem Aufholen der massiven Lernrückstände sowie mit den psychosozioemotionalen und depressiven Folgeschäden bei Schülern verbunden sind und den vollen Einsatz der Lehrerpersönlichkeit fordern. Dadurch wird einer weiteren Entgrenzung der Arbeitszeit Vorschub geleistet – mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit und Motivation der Lehrer, auf die Unterrichtsqualität, das Klassenklima sowie das Verhältnis zwischen Lehrern und Eltern.

Um einer drohenden Überlastung der Lehrer und damit des Schul- und Bildungssystems

insgesamt entgegenzuwirken, ist die Durchführung einer repräsentativen Arbeitszeiterfassungsstudie, die darüber hinaus den Schwerpunkt auf die Ursachen für die individuell empfundene Belastungssituation legt, diese dokumentiert, um anschließend aus den Ergebnissen endlich spürbare Entlastungsschritte abzuleiten, dringender denn je.

Diese Erhebung ist mindestens über ein ganzes Schuljahr durchzuführen, um saisonalen Schwankungen im Arbeitsaufwand Rechnung zu tragen und soll neben der reinen Schulzeitwoche ebenfalls die Arbeitszeit während der Ferien und Feiertage (Durchschnittswoche) berücksichtigen.

Einschlägige Einflussfaktoren, wie etwa Schulform, Fächerkombination, Klassenstärke u.ä., sind hierbei ebenso zu berücksichtigen wie die Unterteilung der Arbeitszeit nach den jeweils ausgeführten Tätigkeiten.

Über die Konzeption der Erhebung und alle weiteren Planungsschritte ist der zuständige Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport fortlaufend zu informieren.

Der Abschlussbericht nebst Handlungsempfehlungen ist den Ausschussmitgliedern spätestens im vierten Quartal 2023 vorzulegen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite:	Kapitel: 0 5 3 0 0	Titel: n e u
Zweckbestimmung: Entgelte für Schulverwaltungsfachkräfte		

Stichwort: Lernrückständen schnellstmöglich begegnen und nachhaltig abbauen – Modellprojekt Schulverwaltungsfachkräfte realisieren

Ansatz im Entwurf 2022	0 €
Änderung (+/-):	+ 10.000.000 €
Ansatz neu:	10.000.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39f.	05 020	TGr. 75	Umsetzung des Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“	10.000.000 €
				€
insgesamt:				10.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Die veranschlagten Stellen und die entsprechenden Personalkosten dienen der Entlastung der Lehrer von außerunterrichtlichen, nicht-pädagogischen Verwaltungsaufgaben. Die Personalstellen werden als Stellenpool durch die Staatlichen Schulämter bewirtschaftet und den Schulen – ggf. anteilig – zugewiesen.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2022
<u>E8</u>	<u>180,00</u>
<u>Zusammen:</u>	<u>180,00</u>

Begründung:

Bereits vor Corona beklagten Lehrer aller Schulformen eine kontinuierliche Zunahme der Arbeitsbelastung. Allein unter den Gymnasiallehrern empfanden 66 % der rund 20.000 bundesweit befragten Gymnasiallehrer das Arbeitspensum als zu hoch. 90 % führten dies auf eine fortlaufende Zunahme bürokratischer und administrativer Tätigkeiten zurück, wie aus der Studie „Lehrerarbeit im Wandel“ (LaiW) des Instituts für Präventivmedizin an der Universität Rostock hervorging. Daher forderte der Deutsche Philologenverband (DPhV) die Politik bereits unmittelbar nach der Veröffentlichung der Befragungsergebnisse am 05.03.2020 dazu auf, diese Mehrarbeit mittels Einstellung von Schulverwaltungsfachkräften abzusenken, um eine Überforderung der Lehrer und damit des Schulsystems zu verhindern.

Während dieser Aufruf weitgehend ungehört verhallte, stieg die Arbeitsbelastung infolge der Coronamaßnahmen nochmals massiv an. So geht aus einer repräsentativen Umfrage des Forsa-Instituts, die im Dezember 2020 unmittelbar vor den neuerlichen Schulschließungen durchgeführt worden war, hervor, dass 74 Prozent der befragten Lehrer das Arbeitspensum als zu hoch einschätzen und gleichzeitig 66 Prozent eine zunehmende Entgrenzung von Arbeits- und Privatzeit registrieren.

Gleichzeitig ergeben sich im Zuge der Umsetzung der Coronamaßnahmen im Schul- und Bildungsbereich insbesondere für die Schulleitungen beträchtliche Mehrbelastungen: In einer aktuellen Studie der Universität Bielefeld („Belastungen und Beanspruchungen von Schulleitungen während der Corona-Pandemie: Ergebnisse einer Online-Befragung in vier Bundesländern“; Befragungszeitraum: 9. März bis 13. April 2021) klagten 30 bis 45% über

ein hohes Ausmaß an psychischer und physischer Erschöpfung, psychosomatischen Beschwerden, über sinkende Leistungsfähigkeit sowie eine wachsende Unzufriedenheit mit ihrer derzeitigen Arbeitssituation.

Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Motivation, die Belastbarkeit sowie die körperliche und psychische Gesundheit der Schulleiter, Konrektoren, Oberstufenkoordinatoren und das Lehrerkollegium insgesamt.

Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen, mit denen sich Schulleitungen, Lehrer und das sonstige pädagogische Personal bei der Bewältigung der Schäden im Schul- und Bildungsbereich infolge der Coronamaßnahmen konfrontiert sehen, ist die Einstellung von vorerst 180 Schulverwaltungsfachkräften im Rahmen eines Modellprojekts unumgänglich. Die veranschlagten Gesamtkosten ergeben sich aus dem angenommenen Personalbedarf mit einer Eingruppierung in die Entgeltgruppe E 8 (Stufe 2) zzgl. eines angenommenen Arbeitgeberanteils von 40% des Arbeitnehmerbruttolohns.

Das Schulpersonal muss rasch in die Lage versetzt werden, sich ganz auf das Lehren und Erziehen sowie die Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen konzentrieren zu können.

Die Pädagogen im Land Brandenburg haben bei der Ausübung ihrer anspruchsvollen Tätigkeit ein Anrecht auf beste Arbeitsbedingungen, damit ihre Motivation und Gesundheit langfristig erhalten bleiben.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 150	Kapitel: 0 5 3 2 1	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Lernrückständen schnellstmöglich begegnen und nachhaltig abbauen, Grundschullehrer jetzt unbefristet einstellen

Ansatz im Entwurf 2022	339.590.100 €
Änderung (+/-):	+7.000.000 €
Ansatz neu:	346.590.100 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39f.	05 020	TGr. 75	Umsetzung des Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“	7.000.000 €
				€
insgesamt:				7.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

	2022 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>346.590,100</u>
2. Aufwandsentschädigungen	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	<u>346.590,100</u>

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
Lehrerin, Lehrer	A13	gD	5.678,00	<u>5.936,00</u>
Zusammen:			6.970,00	<u>7.234,00</u>

[...]

Begründung der Änderungen im Stellenplan:
2022**Zugänge:**

Neue Stellen	
<u>258,00</u>	A13gD Lehrerin, Lehrer
<u>258,00</u>	Zugänge neue Stellen
<u>258,00</u>	Stellen Zugänge insgesamt
<u>258,00</u>	Stellen Zugänge/Abgänge (-)

Begründung:

Im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ werden für die Schuljahre 2020/2021 sowie 2021/2022 jeweils 200 VZE – befristet – eingestellt, um den massiven Lernrückständen infolge der Coronamaßnahmen von Bund und Land zu begegnen. Bis heute ist völlig unklar, wie viele VZE davon auf Lehrer entfallen und wie viele auf das sonstige pädagogische Personal. Ebenfalls unbekannt ist, wie viele Personen sich auf die ausgeschriebenen, befristeten Stellen bis heute überhaupt beworben haben.

Außerdem teilte die zuständige Ministerin in der 21. Sitzung des ABJS am 09.09.2021 mit, dass die mehrfach angekündigten „multiprofessionellen Teams“ in der geplanten Form nicht eingestellt werden. Dies ist vor allem deshalb unverständlich, als die Coronamaßnahmen, insbesondere die monatelangen Schulschließungen und der unzureichend organisierte Fernunterricht, dem Lern- und Bildungserfolg der Grundschüler großen Schaden zugefügt haben: Basale Fähigkeiten, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, deren sicheres Beherrschen für den weiteren Bildungserfolg grundlegend sind, konnten nur unzureichend vermittelt werden. Dem muss entschieden entgegengewirkt werden, um einen zügigen und

nachhaltigen Abbau der Lernrückstände in die Wege zu leiten. Dies lässt sich nicht mit befristet eingestelltem Lehrpersonal bewältigen, das im Rahmen der Umsetzung des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ rekrutiert werden soll. Stattdessen muss der Primarbereich personell mit unbefristet eingestellten, grundständig ausgebildeten Lehrern mit attraktiven Arbeitsbedingungen und einer attraktiven Bezahlung noch deutlicher aufgestockt werden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 150	Kapitel: 0 5 3 2 1	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Lernrückständen schnellstmöglich begegnen und nachhaltig abbauen, Förderschullehrer an Grundschulen jetzt unbefristet einstellen

Ansatz im Entwurf 2022	339.590.100 €
Änderung (+/-):	+1.699.700 €
Ansatz neu:	341.289.800 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
18	05 010	422 10	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	159.900 €
60f.	05 050	TGr. 61	Landes-Kinder- und Jugendbeauftragte/Landes-Kinder- und Jugendbeauftragter (LKJB)	108.500 €
134	05 300	429 61	Personalausgaben für das „Refugee Teachers Program“	787.500 €
137	05 300	684 65	Zuschüsse an freie Träger	643.800 €
insgesamt:				1.699.700 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

	2022 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>341.289.800</u>
2. Aufwandsentschädigungen	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	<u>341.289.800</u>

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
Förderschullehrerin, Förderschullehrer	A13	gD	560,00	<u>590,00</u>
[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
Zusammen:			6.970,00	<u>7.139,00</u>

[...]

**Begründung der Änderungen im Stellenplan:
2022****Zugänge:****Neue Stellen**30,00

133,00

163,00163,00163,00A13gDA13gD

Zugänge neue Stellen

Stellen Zugänge insgesamt

Stellen Zugänge/Abgänge (-)

Förderschullehrerin, Förderschullehrer

Lehrerin, Lehrer

Begründung:

Im Rahmen des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ werden für die Schuljahre 2020/2021 sowie 2021/2022 jeweils 200 VZE – befristet – eingestellt, um den massiven Lernrückständen infolge der Coronamaßnahmen von Bund und Land zu begegnen. Bis heute ist völlig unklar, wie viele VZE davon auf Lehrer entfallen und wie viele auf das sonstige pädagogische Personal. Ebenfalls unbekannt ist, wie viele Personen sich auf die ausgeschriebenen, befristeten Stellen bis heute überhaupt beworben haben.

Außerdem teilte die zuständige Ministerin in der 21. Sitzung des ABJS am 09.09.2021 mit, dass die mehrfach angekündigten „multiprofessionellen Teams“ in der geplanten Form nicht kommen werden. Dies ist insbesondere deshalb unverständlich, als die Coronamaßnahmen, insbesondere die monatelangen Schulschließungen und der unzureichend organisierte Fernunterricht, dem Lern- und Bildungserfolg der Grundschüler großen Schaden zugefügt haben: Basale Fähigkeiten, wie Lesen, Schreiben und Rechnen, deren sicheres Beherrschen für den weiteren Bildungserfolg grundlegend sind, konnten nur unzureichend vermittelt werden. Dem muss entschieden entgegengewirkt werden, um einen zügigen und nachhaltigen Abbau der Lernrückstände in die Wege zu leiten. Gleichzeitig ist dringender Handlungsbedarf bei der Bewältigung der psychosozialen Folgeschäden angezeigt. Diese Herausforderungen lassen sich nicht mit befristet eingestelltem Lehrpersonal bewältigen, das im Rahmen der Umsetzung des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ rekrutiert werden soll. Stattdessen muss der Primarbereich personell mit unbefristet eingestellten, grundständig ausgebildeten Förderschullehrern im Interesse der Kinder deutlich aufgestockt werden.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)

Seite: 170	Kapitel: 0 5 3 3 0	Titel: 4 2 2 1 0
Zweckbestimmung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter		

Stichwort: Lernrückständen schnellstmöglich begegnen und nachhaltig abbauen, Förderschullehrer jetzt unbefristet einstellen

Ansatz im Entwurf 2022	59.192.900 €
Änderung (+/-):	+1.100.000 €
Ansatz neu:	60.292.900 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39f.	05 020	TGr. 75	Umsetzung des Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“	1.100.000 €
				€
insgesamt:				1.100.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

	2022 EUR
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	<u>60.292.900</u>
2. Aufwandsentschädigungen	0
3. Sonstige Leistungen	0
Summe	<u>60.292.900</u>

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2021	2022
[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
Förderschullehrerin, Förderschullehrer	A13	gD	854,00	<u>878,00</u>
[...]	[...]	[...]	[...]	[...]
Zusammen:			1.433,00	<u>1.455,00</u>

[...]

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2022

Zugänge:

Sonstige Zugänge	
24,00	A13gD Förderschullehrerin, Förderschullehrer
24,00	Zugänge neue Stellen
24,00	Stellen Zugänge insgesamt
24,00	Stellen Zugänge/Abgänge (-)

[...]

Begründung:

Die Corona-Politik der Bundes- und der Landesregierung wurde vor allem auf dem Rücken unserer Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien ausgetragen: Kontaktverbote, Schulschließungen, massiver Unterrichtsausfall und ein völlig unzureichender „Fernunterricht“ haben das Schul- und Bildungssystem sowie die Entwicklungs- und Zukunftschancen der Schüler dramatisch geschwächt. Die unmittelbaren Folgeschäden sind bereits jetzt alarmierend: Bei Kindern und Jugendlichen finden sich flächendeckend und altersübergreifend gewaltige Lernrückstände. Hiervon besonders betroffen sind Schüler in der Primarstufe, die die Grundfertigkeiten – das Lesen, Schreiben und Rechnen – nicht richtig erlernen konnten. Deshalb hatte Arche-Chef Siggelkow bereits im Januar 2021 vor den fatalen Spätfolgen der Coronamaßnahmen gewarnt: „Wir gehen ganz stark davon aus, dass wir in ein, zwei Jahren erleben werden, wie Drittklässler weder richtig lesen können noch die Buchstaben oder die Zahlen richtig kennen.“

Auch die psychosozialen Schäden infolge der Coronamaßnahmen sind beunruhigend: Ca. ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen leidet unter depressiven Symptomen; Angst- und Konzentrationsstörungen, emotional-soziale Auffälligkeiten, Selbstmordgedanken und selbstverletzendes Verhalten haben massiv zugenommen.

Der dramatische Verlust an effektiver Lernzeit in Verbindung mit seelischen und physischen Beeinträchtigungen werden, so schätzt das Ifo-Institut, zu einem Verlust an Lebenseinkommen von durchschnittlich 4,5 Prozent führen – wenn politisch nicht konsequent und energisch gegengesteuert wird.

Bei der Bewältigung dieser bildungspolitischen Herausforderung dürfen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen, bildungsfernen Elternhäusern oder von jenen, die sonderpädagogische Unterstützung benötigen, nicht weiter ignoriert werden. Hatten es diese Schüler schon vor Corona schwer, drohen sie nun durch eine falsche bildungspolitische Schwerpunktsetzung vollkommen abgehängt zu werden. Bereits heute ist absehbar, dass der sonderpädagogische Unterstützungsbedarf schulformübergreifend zunehmen wird. Das Aktionsprogramm des Bundes „Aufholen nach Corona“ ist allerdings in keiner Weise geeignet, diese Kinder und Jugendlichen im Land Brandenburg zu stärken, die Lernrückstände abzubauen und die psychosozialen Probleme nachhaltig und zufriedenstellend zu lösen. Im Sinne einer vorausschauenden Politik sollte bereits jetzt Vorsorge getroffen werden, die Förderschulen in Erwartung steigender Schülerzahlen personell durch grundständig ausgebildete Förderschullehrer aufzustocken und auszubauen.

Änderungsantrag

AfD-Fraktion

Einzelplan 05 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2022 (HG 2022)**

Seite: 185	Kapitel: 0 5 8 1 0	Titel: 6 8 4 6 0
Zweckbestimmung: Zuschüsse an laufende Zwecke an Vereine und Verbände		

Stichwort: Mitgliedsbeiträge in Vereinen des Kinder- und Jugendsports übernehmen – Familien entlasten – Bewegung & Gesundheit fördern

Ansatz im Entwurf 2022	18.804.000 €
Änderung (+/-):	+10.000.000 €
Ansatz neu:	28.804.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)	€
--	---

Verpflichtungsermächtigungen 2022	
Ansatz im Entwurf:	€
Änderung (+/-) mit Fälligkeiten:	€
Ansatz neu mit Fälligkeiten:	€

Deckung bei:

Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
39f.	05 020	TGr. 75	Umsetzung des Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“	10.000.000 €
				€
insgesamt:				10.000.000 €

Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

Grundlage der Förderung ist das Sportförderungsgesetz des Landes Brandenburg, insbesondere die §§ 1, 3 und 8. Danach sind aus diesem Titel insbesondere vorgesehen:

1. Zuschüsse für die Entwicklung projektbezogener Programme des Freizeit- und Breitensports, des Sports für besondere Zielgruppen und für bedeutsame Veranstaltungen,
2. Förderung der Landesstützpunkte von den Landesfachverbänden im Bereich der Talententwicklung,
3. Unterhaltung des Olympiastützpunktes Brandenburg,
4. Allgemeine Vereinsförderung auf der Grundlage der Förderrichtlinien des Landessportbundes Brandenburg e.V. (LSB),
5. Förderung des Behindertensports,
6. Landesseitige Übernahme der Mitgliedsbeiträge im Kinder- und Jugendsport für ein Jahr.

Begründung:

Brandenburg verfügt über eine reiche Sport- und Vereinslandschaft. Diese bietet gerade für Kinder und Jugendliche vielfältige Möglichkeiten, sich körperlich zu betätigen, Gemeinschaftsgefühl zu erleben sowie Teamgeist und Bewusstsein für einen gesunden Lebenswandel zu entwickeln.

Im Zuge der Coronamaßnahmen des Bundes und der Landesregierung wurde die Ausübung sportlicher Aktivitäten, insbesondere im Hallen- und Mannschaftssport, monatelang stark eingeschränkt, wenn nicht gänzlich untersagt.

Wie durch zahlreiche empirische Studien zweifelsfrei belegt ist, leidet mittlerweile ein beträchtlicher Anteil der Kinder und Jugendlichen an Übergewicht durch ausgeprägten Bewegungsmangel, Konzentrationsstörungen durch übermäßigen Medienkonsum sowie alarmierenden Defiziten in der psychosozialen und/oder motorischen Entwicklung. Wie der DAK-Jugendreport 2020 darlegte, der am 09.09.2021 veröffentlicht wurde, stiegen die Krankenhausbehandlungen von Kindern mit der Diagnose „Adipositas“ um alarmierende 60 % im Vergleich zum Jahr 2019 an.

Gleichsam sehen sich viele Mütter und Väter nicht nur infolge der Coronapolitik zunehmenden finanziellen Belastungen ausgesetzt.

Durch die fehlende Planungssicherheit in den vergangenen anderthalb Jahren registrieren die Vereine einen beträchtlichen Rückgang an Neuanmeldungen.

Auch die Mitgliederzahlen insgesamt sind mittlerweile stark rückläufig: Aktuellen Angaben

des Landessportbunds Brandenburg e.V. zufolge betrage der Mitgliederrückgang in der Altersgruppe der bis 6-Jährigen insgesamt 12 Prozent und 4,2 Prozent in der Altersgruppe der 7- bis 14-Jährigen.

Um die Attraktivität des Vereinssports zu steigern, Familien finanziell spürbar zu entlasten und die Corona-folgeschäden nachhaltig abzumildern, ist es unumgänglich, die Vereinsbeiträge im Kinder- und Jugendsport für Mitglieder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr für wenigstens ein Jahr lang seitens des Landes zu übernehmen.

Damit würde ebenso eine Forderung des Landessportbunds Brandenburg e.V. aufgegriffen und umgesetzt, die im Rahmen der 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 03.06.2021 (TOP 1: „Fachgespräch mit der Brandenburgischen Sportjugend zur aktuellen Situation im Kinder- und Jugendsport“) erhoben wurde und 10.000.000 € vorsah, um die Mitgliedsbeiträge in Vereinen des Kinder- und Jugendsports für ein Jahr lang von-seiten des Landes komplett zu übernehmen. Dieser Vorschlag wurde vom Sportpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Daniel Keller, im Brandenburger Landtag im Rahmen der obengenannten Ausschusssitzung als „interessant“ und „überlegenswert“ begrüßt.

Stellungnahme Fachausschuss

Stellungnahme

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

zu

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022)

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/4212 vom 15.09.2021

Einzelplan 05 - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

in Verbindung damit:

Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025

Unterrichtung die Landesregierung - Drucksache 7/4213 vom 15.09.2021

und

Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

Unterrichtung die Landesregierung - Drucksache 7/4214 vom 15.09.2021

Berichterstatterin: Abgeordnete Kristy Augustin (CDU)

Beschlussempfehlungen:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge dem Landtag

1. die Annahme des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksache 7/4212) - Einzelplan 05 - in unveränderter Fassung empfehlen;
2. empfehlen, den Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) zur Kenntnis zu nehmen;
3. empfehlen, die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht

A. Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022, Drucksache 7/4212), der Finanzplan des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) sowie die Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) wurden durch den Landtag in seiner 51. Sitzung am 29. September 2021 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse überwiesen.

B. Beratung

In seiner 22. Sitzung am 1. Oktober 2021 befasste sich der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport informatorisch mit den Beratungsgegenständen. Die Mitglieder des Ausschusses erhielten die Gelegenheit, insbesondere Fragen zu den einzelnen Kapiteln und Titeln des Entwurfes des Einzelplanes 05 zu stellen sowie einzelne Positionen des Haushaltsplanes konkret zu hinterfragen.

Zu der abschließenden Beratung in der 23. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 4. November 2021 lagen dem Ausschuss in der Reihenfolge des zeitlichen Eingangs 34 Änderungsanträge der Oppositionsfractionen zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022 (Drucksache 7/4212) vor, und zwar konkret

- 8 Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE,
- 21 Änderungsanträge der AfD-Fraktion und
- 5 Änderungsanträge der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER.

Die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zielten unter anderem auf folgende Änderungen ab:

- Beschaffung von Luftreinigern und Belüftungsanlagen zur flächendeckenden Ausstattung der Schulen und Kitas aus Landesmitteln
- Verstetigung des Projekts der Schulgesundheitsfachkräfte
- Elternbeitragsbefreiung für das vorletzte Kita-Jahr bereits ab dem Jahr 2022
- Einführung einer Jugendpauschale für örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe
- Erhöhung der Mittel für Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter
- Stellenaufwuchs um eine/n Jugendbildungsreferent/in für alle 37 Mitgliedsorganisationen des Landesjugendrings

Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion waren unter anderem auf folgende Änderungen gerichtet:

- Elternbeitragsbefreiung für das vorletzte Kita-Jahr bereits ab dem Jahr 2022
- Schulische Förderprogramme während der Oster- und Sommerferien 2022
- Einstellung von vorerst 180 Schulverwaltungsfachkräften im Rahmen eines Modellprojekts
- Erhöhung der Mittel für die unbefristete Einstellung von Lehrkräften an Grundschulen sowie von Förderschullehrerinnen und -lehrern
- Erhöhung der Mittel für den personellen Ausbau der schulpsychologischen Beratungsstrukturen
- Mehrere Anträge zu Einsparungen im Kapitel 05 010 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport
- Streichung sämtlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Landes-Kinder- und Jugendbeauftragten
- Streichung von Mitteln für das „Refugee Teachers Program“
- Streichung von Mitteln zur Förderung von Grundkursen zum Erlernen der deutschen Sprache für Flüchtlinge

Letztendlich beehrte die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER mit ihren Änderungsanträgen unter anderem die nachfolgenden Änderungen:

- Elternbeitragsbefreiung für das vorletzte Kita-Jahr bereits ab dem Jahr 2022
- Erhöhung der Mittel, um an jeder Grund-, Ober- und Gesamtschule sowie an jedem Gymnasium Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter zur Verfügung zu stellen
- Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung des Kita-Personals
- Erhöhung der Mittel zur Erweiterung des Kursangebotes zum Erlernen fachspezifischer Deutschkenntnisse für Flüchtlinge

Hinsichtlich des Inhalts der Änderungsanträge im Einzelnen sowie deren Begründung wird im Übrigen auf Anlage 1 verwiesen.

Der Ausschuss beriet die eingegangenen Änderungsanträge in der Reihenfolge der betroffenen Titel und Kapitel nach der Haushaltssystematik. Die jeweiligen Antragstellerinnen erhielten die Gelegenheit, ihre Änderungsanträge einzubringen und mündlich zu begründen. Daraufhin folgten nach Bedarf eine Diskussion im Ausschuss sowie die Abstimmung zu den einzelnen Änderungsanträgen.

Im Rahmen der Abstimmung wurden sämtliche Änderungsanträge mehrheitlich abgelehnt.

Die Abstimmungsergebnisse im Einzelnen können der Anlage 2 entnommen werden.

Im Ergebnis seiner Beratungen beschloss der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport sodann mehrheitlich (6 : 5 : 0), dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen die Annahme des Einzelplans 05 zum Haushaltsgesetz 2022 in unveränderter Fassung zu empfehlen.

Hinsichtlich des Finanzplanes des Landes Brandenburg 2021 bis 2025 (Drucksache 7/4213) sowie der Personalbedarfsplanung 2025 und ressortübergreifenden Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung (Drucksache 7/4214) empfiehlt der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport die Kenntnisnahme.



gez. Kristy Augustin
Berichterstatlerin und Vorsitzende
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

Anlagen

- Anlage 1: Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
- Anlage 2: Tabellarische Übersicht der Änderungsanträge und Abstimmungsergebnisse